Arbeiterkampf

Jahrg.2 Nr.16 März 72
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
Betrieb 30Pf.
Laden 50Pf.

Die "neue Ostpolitik"

In diesen Tagen und Wochen ist zwischen den Parteien der Regierung und der Opposition ein scheinbar sehr heftiger Streit um die „Ostverträge", um die Abkommen der BRD mit der Sowjetunion und Polen, im Gange. Damit diese Verträge in Kraft treten können, bedürfen sie noch der Zustimmung des Bundestages. Ob sich allerdings im Bundestag die notwendige Mehrheit finden lassen wird, erscheint nach dem Überlaufen mehrerer Abgeordneter der Regierung zur Opposition ungewiß; die Möglichkeit von Neuwahlen deutet sich an.

Worum geht es? – 20 Jahre lang hat die westdeutsche Regierung, die von der CDU / CSU gestellt wurde, „Ansprüche" auf die DDR und das westliche Polen erhoben. Diese Politik war eine Quelle ständiger Spannungen in Europa. In den Verträgen von Moskau und Warschau nun ist ein allgemeines Bekenntnis zu den Zielen des Friedens und der Entspannung enthalten. Die Bundesregierung erkennt die bestehenden Grenzen in Europa an, insbesondere die polnische Westgrenze entlang von Oder und Neiße, und sie hat einen „Gewaltverzicht" gegenüber der Sowjetunion, der VR Polen und der DDR ausgesprochen. Umgekehrt haben sich die östlichen Vertragspartner zur Respektierung derselben Prinzipien verpflichtet.

Gemessen an der früheren Politik der CDU / CSU, sind die Verträge von Moskau und Warschau immerhin ein kleiner Schritt vorwärts. Verglichen allerdings mit früheren berechtigten Initiativen der Sowjetunion und vor allem der DDR, sind die Ergebnisse doch recht mager.

Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten

Die sowjetische Regierung hat in früheren Jahren den richtigen Standpunkt vertreten, daß im Mittelpunkt einer europäischen Friedensregelung der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten stehen muß. Zu einem solchen Friedensvertrag hat die sowjetische Regierung 1959 einen Entwurf vorgelegt, auf den von der westlichen Seite nicht eingegangen wurde. Im Sommer 1961 kündigte die sowjetische Regierung daher in ultimativer Form den Abschluß eines Friedensvertrages an, falls bis Ende des Jahres keine Bereitschaft der westdeutschen Regierung zu erkennen sei, Verhandlungen mit der DDR über eine gesamtdeutsche Friedensregelung aufzunehmen.

An dieser sowjetischen Zusage orientierte sich die DDR in ihrer Außen- und Innenpolitik. Diesen Bemühungen fiel die sowjetische Regierung plötzlich in den Rücken, indem sie von einem separaten Friedensvertrag 1961 nichts mehr wissen wollte und damit die ohnehin schwache internationale Position der DDR noch verschlechterte.

Warum war und ist die Forderung nach einem Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten richtig und nützlich:

1. Weil es notwendig ist, in aller Form den Kriegszustand in Europa zum Abschluß zu bringen, beiden deutschen Staaten ihre vollen souveränen Rechte zu geben und den Besatzungsstatus aufzuheben.
2. Weil es notwendig ist, daß vor allem die Regierungen der beiden deutschen Staaten, der BRD und der DDR, über eine Vielzahl politischer und wirtschaftlicher Fragen in Verhandlungen eintreten. Der sowjetische Vorschlag von 1959 enthielt den richtigen Gedanken, daß eine Friedensregelung in Mitteleuropa vor allem von den beiden deutschen Staaten ausgehen muß.

In den 60er Jahren legte die DDR wiederholt Verhandlungsvorschläge und Lösungspläne vor, die von der CDU / CSU - Regierung allesamt kommentarlos vom Tisch gewischt wurden. Gegen die DDR wurde in dieser Zeit von seiten der westdeutschen Kapitalisten ein erbarmungsloser wirtschaftlicher und diplomatischer Krieg geführt.

Die „Neue Ostpolitik"

Diese Politik mußte Mitte der 60er Jahre als gescheitert angesehen werden. Die „Hallstein - Doktrin" erlebte ihr totales Fiasko 1965, als die westdeutsche Regierung eine Reise Ulbrichts nach Ägypten auf erpresserische Weise

Forts. Seite 2

Volkskrieg in Irland

Seit 1968 können wir in der Presse von den blutigen Kämpfen in Nordirland lesen. Als Ursache dieser Auseinandersetzungen wurde uns der „Religionskonflikt" zwischen Katholiken und Protestanten aufgeschwatzt. Statt dessen handelt es sich in Wahrheit dabei um den revolutionären Kampf der am meisten unterdrückten und ausgebeuteten katholischen Bevölkerung gegen die Kolonialherrschaft Englands und die von ihm eingesetzte Regierung in Nordirland.

Seit Jahrhunderten haben es die englischen Imperialisten geschickt verstanden, nach der alten Methode „Teile und herrsche" den größeren protestantischen Teil der irischen Bevölkerung gegen den katholischen auszuspielen. Die Protestanten werden an den Regierungsgeschäften beteiligt, bevorzugt behandelt und herangezogen zur Ausbeutung und Unterdrückung der Katholiken.

Seit Jahrhunderten dauert auch der Kampf des irischen Volkes gegen die englische Unterdrückung. Der Kampf aber gerade der letzten Jahre zeigt eine neue Qualität: Die immer brutaler werdende militärische Unterdrückung durch die englischen Besatzungstruppen treibt den politischen Kampf der irischen Massen, der bisher hauptsächlich durch Streiks und Massendemonstrationen geführt wurde, zu immer größerer Militanz und Entschlossenheit.



In Newry demonstrieren 20 000 die Solidarität des irischen Volkes

Der Blutsonntag von Derry

Am 30. Januar 1972 veranstalteten 10 – 20 000 Menschen in (London-)Derry, der zweitgrößten Stadt Nordirlands, eine Demonstration. Sie forderten die Aufhebung des Ausnahmezustands, die Freilassung der über 750 in Internierungslagern grundlos Festgehaltenen, den Abzug der englischen Besatzungstruppen und gleiche demokratische Bürgerrechte für den sozial benachteiligten und unterdrückten, meist katholischen Teil der nordirischen Bevölkerung. Die äußerst disziplinierte Demonstration wird durch eine von der nordirischen Polizei und der englischen Armee aufgebaute Barrikade vor dem Stadtzentrum aufgehalten.

Die englischen Besatzungstruppen zeigen nun, weshalb sie in Nordirland stationiert wurden: nicht um in einem „Religionskrieg" Frieden zu stiften, sondern um mit blutigem Terror eine revolutionäre Volksbewegung zu unterdrücken. Mit unglaublicher Brutalität eröffnen sie das Feuer aus Maschinenpistolen direkt auf die unbewaffneten Demonstranten. Nach der über eine viertel Stunde dauernden Schießerei bleiben 13 Tote und 16 Schwerverwundete zurück.

Aus Augenzeugenberichten geht hervor, daß die an diesem Tag in Derry eingesetzten englischen Fallschirmjäger den Auftrag hatten, Tote zu machen. Journalisten wurden mit den Worten begrüßt: „Guten Morgen Jungs, das ist ein schöner Tag zum Killen."

Andere Zeugen berichten z. B.: „Ich sah, wie sich ein junger Mann, der verwundet worden war, gegen eine Mauer kauerte. Er schrie: „Nicht schießen, nicht schießen!" Ein Fallschirmjäger ging auf ihn zu und feuerte aus einem Meter Entfernung." (vergl. Der Spiegel 7 / 72)

Doch der Terror erreichte sein Ziel nicht, sondern verstärkte nur die Solidarität im irischen Volk. Am 2. Februar fand in Derry ein Trauer- und Protestmarsch von 25 000 Menschen statt, gleichzeitig wurde in Nordirland und der Republik Irland ein Generalstreik durchgeführt. Am 6. Februar folgt ein Protestmarsch von 20 000 Menschen in der nur 18 000 Einwohner zählenden nordirischen Stadt Newry.

Forts. Seite 3

Forts. von Seite 1

verhindern wollte und sämtliche arabische Staaten ihre Beziehungen zur BRD abbrachen.

Die von der CDU / CSU betriebene Politik des Kalten Krieges stand außerdem in Widerspruch zur „Auflockerung" gegenüber den sozialistischen Staaten, wie sie vor allem von den Regierungen der USA und Frankreichs betrieben wurde. Die westdeutschen Kapitalisten mußten auch fürchten, mit Fortsetzung dieser Politik beim Konkurrenzkampf um den „sozialistischen Markt" zu kurz zu kommen.

Die Lage erforderte eine Neuorientierung der Taktik der BRD-Kapitalisten. Nunmehr sollte – unter Umgehung der DDR – eine scheinbare Aussöhnung gegenüber den sozialistischen Ländern betrieben werden. Ziel dieser Politik war die Isolierung der DDR und das „Herausbrechen" einzelner sozialistischer Staaten (Rumänien, CSSR). In der DDR wurden frühzeitig die von dieser Politik ausgehenden Gefahren erkannt, wie aus dem folgenden Zitat hervorgeht, das wir wegen seiner Weitsichtigkeit ausführlich wiedergeben:

„Führende Ideologen des westdeutschen Monopolkapitals rechnen sich eine größere Chance für die imperialistische Politik aus, wenn einige der bisherigen Revancheziele zurückgestellt werden, um den Angriff noch mehr gegen die DDR zu konzentrieren. Daher werden – meist inoffiziell – Vorschläge unterbreitet, wie zum Beispiel die Grenzfrage mit Polen, und andere Probleme, zunächst provisorisch, unter Ausklammerung der Grenzen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, geregelt werden könnten ...

Das Ziel solcher, von der Kiesinger / Strauß - Politik nach Ribbentropschem Vorbild (Hitlers Außenminister) bereits teilweise und in Übereinstimmung mit der amerikanischen Außenpolitik praktizierten taktischen Variante besteht darin, die sozialistischen Staaten gegeneinander auszuspielen und nach Möglichkeit durch zweiseitige Verpflichtungen – zum Beispiel durch den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen – zu lähmen und zunächst das Hauptziel, die DDR, zu isolieren ..."

(Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik", April 1967, S. 408 / 09)

Voreilig wurde in der DDR kommentiert:

... Auch die Umwege, die Bonn unter der Firmierung einer sogenannten neuen Ostpolitik zur Isolierung der DDR und damit zur Durchsetzung der alten revanchistischen Politik zu gehen gedenkt, haben sich als Pfade in einen Sumpf erwiesen, in dem unweigerlich aggressive Abenteurer auf Nimmerwiedersehen versinken müssen ..."

(„Deutsche Außenpolitik", Mai 1967, S. 525)

So hätte es sein können und hätte es sein müssen, wenn den Kapitalisten eine geschlossene Front der sozialistischen Länder entgegengestanden hätte.

Tatsächlich aber ging die sowjetische Regierung auf die imperialistische Taktik ein, unter Ausschluß der DDR zu verhandeln. So trat die unsinnige Situation ein, daß die Bonner Regierung zwar mit der Sowjetunion und Polen verhandelte – mit denen sie gar keine gemeinsame Grenze hat! –, nicht aber mit unseren Nachbarn, der DDR und der CSSR. Die Verträge von Moskau und Warschau sind kein erster Schritt der Bonner Regierung zu Verhandlungen mit der DDR, sondern im Gegenteil ein Alibi, um sich solchen Verhandlungen zu entziehen. Nötig gewesen wäre aber, daß an dem berechtigten Standpunkt festgehalten worden wäre: erste und unabdingbare Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen der BRD zu den sozialistischen Ländern ist die Normalisierung der Beziehungen zur DDR. Keine Verhandlungen an der DDR vorbei! (vgl. „Deutsche Außenpolitik", Mai 1967, S. 524 / 25 u. a.)

Der Moskauer Vertrag vom 12. 8. 1970

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die UdSSR betrachten es als wichtigstes Ziel ihrer Politik, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen.

Sie bekunden ihr Bestreben, die Normalisierung der Lage in Europa und die Entwicklung friedlicher Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten zu fördern und gehen dabei von der in diesem Raum bestehenden wirklichen Lage aus.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die UdSSR werden sich in ihren gegenseitigen Beziehungen sowie in Fragen der Gewährleistung der europäischen und der internationalen Sicherheit von den Zielen und Grundsätzen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, leiten lassen. Demgemäß werden sie ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und übernehmen die Verpflichtung, sich in Fragen, die die Sicherheit in Europa und die internationale Sicherheit berühren sowie in ihren gegenseitigen Beziehungen gemäß Artikel Nr. 2 der Charta der Vereinten Nationen der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt zu enthalten.

Artikel 3

In Übereinstimmung mit den vorstehenden Zielen und Prinzipien stimmen die Bundesrepublik Deutschland und die UdSSR in der Erkenntnis überein, daß der Frieden in Europa nur erhalten werden kann, wenn niemand die gegenwärtigen Grenzen antastet. — Sie verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa in ihren heutigen Grenzen uneingeschränkt zu achten. — Sie erklären, daß sie keine Gebietsansprüche gegen irgend jemand haben und solche in Zukunft auch nicht erheben werden. — Sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.

Artikel 4

Dieser Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR berührt nicht die von ihnen früher abgeschlossenen zweiseitigen und mehrseitigen Verträge und Vereinbarungen.

Realität .... : Vertragstext

Die Märchen der DKP

Während daher die DDR die Verträge von Moskau und Warschau zwar unterstützt, aber nur sehr gedämpfte Begeisterung erkennen läßt, führt die DKP seit Monaten eine geradezu hysterische Kampagne für die Verträge durch.

Wir wollen hier nicht im einzelnen auf die illusionären Schwindel-Parolen der DKP im Zusammenhang mit den Verträgen eingehen, sondern den grundsätzlichen Fehler in den Aussagen der DKP aufzeigen.

Die DKP meint: „Der Imperialismus muß sich an das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt anpassen" (DKP - Vorsitzender Bachmann).

Um diesen unklaren Begriff der „Anpassung" wird auch innerhalb der DKP noch diskutiert.

Die DPK hat nun – nach einigen vergeblichen Versuchen, ihre Vorstellungen wissenschaftlich zu erklären – einfach zu einem sehr anschaulichen Bild gegriffen: „Dem Wolf sind einige gefährliche Zähne gebrochen worden, seine Wolfsnatur hat er nicht verloren" (Kurt Bachmann).

Das also will die DKP unter „Anpassung" verstanden wissen. Leider ist dieses Bild so schief, daß die darauf aufbauenden Schlußfolgerungen leichtfertig und abenteuerlich sein müssen. Fängt man nämlich an, dem Wolf seine Zähne auszubrechen, so wird seine Gefährlichkeit dadurch offenbar geringer (er kann nicht mehr ganz so kräftig zubeißen, um im Bilde Bachmanns zu bleiben). Treibt man dann das Zähneausbrechen immer weiter, so wird der Wolf eines Tages – Wolfsnatur hin, Wolfsnatur her – mangels Gebiß nur noch Kartoffelbrei und Hühnerbrühe zu sich nehmen können und überhaupt keine Gefahr mehr darstellen. Dieser Gedanke steht ja auch wohl hinter der Parole vom „Zurückdrängen der Monopole", die von der DKP gern benutzt wird.

Aber: w e l c h e Zähne sind denn dem imperialistischen Wolf nun wirklich gebrochen worden? Offensichtlich s t e i g e r n die Imperialisten ihre militärischen und politischen Vorbereitungen zum Krieg nach außen, wie zum Bürgerkrieg nach innen. Die Imperialisten v e r s t ä r k e n ihr Arsenal an Massenvernichtungswaffen, statt es abzubauen. Die „Zähne" zum Zubeißen sind da, nur daß der imperialistische Wolf davon zur Zeit wenig Gebrauch macht.

Bei dem Begriff der „Anpassung" und dem Bild des Wolfes hätte Kurt Bachmann eigentlich ein viel näher liegendes Bild aus der deutschen Märchen-Welt einfallen müssen: jener berühmte Wolf nämlich, der es durch geschickte „Anpassung" schaffte, von den „Sieben Geißlein" ins Haus gelassen zu werden und diese aufzufressen.

Zwei Konzeptionen imperialistischer Politik

Worum geht es bei der jetzt so heftig geführten Diskussion in Bonn? Die DKP behauptet, daß sich zwei „Fraktionen" der Kapitalisten in den Haaren liegen: die eine „Fraktion" will angeblich lieber Handel mit den sozialistischen Ländern treiben und unterstützt deshalb die Verträge (= SPD / FDP), während die andere „Fraktion", deren Zentrum die „Rüstungsindustrie" ist, an der Aufrechterhaltung der Spannungen in Europa interessiert ist und deshalb die Verträge aufs schärfste bekämpft (= CDU / CSU).

Diese Argumentation übersieht, daß die Imperialisten so miteinander verflochten sind, daß eine Trennung zwischen Rüstungsindustrie und Handel gar nicht mehr möglich ist. Die wichtigsten rüstungsintensiven Betriebe wie Krupp und Thyssen und die Chemie-Monopole, sind heute gleichzeitig die aktivsten Geschäftemacher im „Osthandel".

Nützen die Verträge den Kapitalisten der BRD? Ja, weil sie die Ausdehnung des „Osthandels" diplomatisch absichern. Ja, weil sie die BRD-Kapitalisten vom Ruf des internationalen Störenfrieds befreien, den sie sich während der Regierungszeit der CDU / CSU zugezogen haben. Ja, weil die Verträge ein günstiges Alibi darstellen, sich weiterhin um direkte Verhandlungen mit der DDR herumzudrücken.

Schaden die Verträge den Kapitalisten? Ja, auch das. Weil die Anerkennung der Grenzen in Europa zumindest momentan den Spielraum des Revanchismus einengen würde. Weil der Vertrag mit der Sowjetunion es erschwert, die westdeutsche Bevölkerung mit dem 20 Jahre lang gebrauchten Instrument des „Russenschrecks" an der Nase herumzuführen. Weil die Verträge es den Kapitalisten erschweren, ihre antikommunistische Hetze an den Mann zu bringen.

In der Diskussion zwischen Regierung und Opposition geht es daher nicht um den Grundsatz der „neuen Ostpolitik", der auch von der CDU / CSU in der Großen Koalition anerkannt worden ist. Es geht um die konkrete taktische Gestaltung dieser Politik zum möglichst großen Nutzen der Kapitalistenklasse.

CDU / CSU und SPD buhlen mit unterschiedlichen Konzeptionen zur Innen- und Außenpolitik um die Gunst der Kapitalisten. Dabei vertritt die SPD stärker die Methode der Täuschung und des politischen Betrugs, während die CDU / CSU die Methode erpresserischer Drohungen und offener Gewalt nach innen und außen stärker zur Anwendung bringen will.

Diese zwei Konzeptionen unterscheiden sich nicht grundsätzlich, was die Zielsetzungen angeht. Dennoch wäre es verhängnisvoll, so zu tun, als seien vom Standpunkt der Arbeiter aus beide Konzeptionen gleich schlecht. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob in den Gewerkschaften ein gewisser Spielraum für eine an den Arbeiterinteressen orientierte Politik bleibt, oder ob sich die scharf antigewerkschaftlichen Vorstellungen von Strauß & Co. durchsetzen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob unsere kommunistischen Organisationen schon morgen verboten werden – wie es die CDU / CSU fordert – oder ob uns noch ein gewisser Zeitraum bleibt, den wir politisch und organisatorisch nutzen können, um den Aufbau der Kommunistischen Partei voranzutreiben. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob nur ein paar Löwenthals im Fernsehen ihr reaktionäres Unwesen treiben, oder ob das gesamte Fernsehen nach den Vorstellungen von CDU / CSU gleichgeschaltet wird. Es kann uns nicht gleichgültig sein, ob die Kapitalisten die bestehenden Grenzen anerkennen oder aggresiv in Frage stellen.

Nicht übersehen werden sollte aber auch ein weiterer Aspekt der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition.

In gewissem Sinn stellt diese Auseinandersetzung nämlich auch ein Spiel mit verteilten Rollen dar. Es ist offensichtlich, daß z. B. für die Rolle des „Friedenskanzlers" Willy Brandt hundertmal besser geeignet ist als Barzel, Strauß oder Kiesinger. Daher war es ganz natürlich, daß sich die Kapitalisten in der ersten Phase ihrer „Neuen Ostpolitik" – als es sozusagen darum ging, das von den Kalten Kriegern der CDU / CSU verursachte Eis aufzutauen – der SPD bedienten. Willy Brandt selbst scheint sich über diesen Sachverhalt im klaren zu sein, äußerte er doch:

„Jedenfalls kann ich guten Gewissens sagen: Dieses, was wir machen, mußte gemacht werden, wir konnten uns nicht weiter eingraben. Einer mußte es auch machen, und das kann ich dann immer noch besser machen als andere, so daß es in der Welt nicht zu unseren Lasten geht ... " (SPIEGELinterview in Nr. 40/71)

Es scheint, als hätte möglicherweise die SPD mit der Einleitung der „Neuen Ostpolitik" bereits ihre Schuldigkeit getan und als würden nunmehr die Kapitalisten einer verstärkten Wiederanwendung der alten erpresserischen Methoden gegenüber den sozialistischen Ländern zuneigen. Sie scheinen die Hoffnung zu hegen, auf diese Weise weitere politische und wirtschaftliche Zugeständnisse, vor allem von der Sowjetunion und auf Kosten der DDR, zu erhalten, indem sie die Ratifizierung der „Ostverträge" zum Handelsobjekt machen. „Entweder die Russen geben unseren zusätzlichen Forderungen nach, dann läßt sich über die Ratifizierung reden. Oder aber sie geben nicht nach, dann wird es nichts mit der Ratifizierung", – das ist gegenwärtig die Politik der Kapitalisten.

Was steht denn in den Verträgen drin?
Sichre Grenzen, sichrer Frieden
nur so wird der Krieg vermieden
das steht in den Verträgen drin.

Was ham du und ich denn nun davon?
Rüstung können wir beschränken
und dafür an Bildung denken
das ham du und ich davon!

Was bringen die Verträge außerdem?
Wenn sie endlich sind Gesetze
sichern sie uns Arbeitsplätze
das bringen die Verträge außerdem!

Wer schreit jetzt am meisten
ach und weh?
Strauß und Barzel, Thadden, Springer
und die rechten Unheilsbringer
die schrein jetzt am meisten
ach und weh!

Was paßt diesen Herrn denn
daran nicht?
Die Verträge werden lehren
gegen Kriege sich zu wehren
das paßt diesen Herrn daran nicht.

Darum stellen wir es nochmal fest:
Die Verträge sind unsre Sache!
Trotz der rechten Meinungsmache
und zusammen setzen wir sie durch!

Refrain:
Moskauer Vertrag ratifiziern
Warschauer Vertrag ratifiziern
Moskauer, Warschauer
Moskauer, Warschauer
Beide Verträge ratifiziern!

.... und Träumerei: DKP - Song

Forts. von Seite 1

Volkskrieg in Irland

Eine zornige Menge von 25 000 Menschen brannte in Dublin, der Hauptstadt der Republik Irland, die englische Botschaft völlig nieder, wobei sie durch stundenlanges Ausharren Polizei und Feuerwehr fernhielten und ihre Entschlossenheit demonstrierte.

Nordirland: Das Gesicht des Imperialismus

Sowohl Nordirland, als auch die Republik Irland sind von England wirtschaftlich völlig ab-



hängig. Vieh und Molkereierzeugnisse werden billig nach England geliefert, während andere Lebensmittel und Industrieerzeugnisse teuer aus England eingekauft werden müssen. Das ist die typische Wirtschaftsstruktur einer Kolonie.

Am Aufbau einer eigenständigen Industrie, die der Menge der vorhandenen Arbeitskräfte entsprechen würde, sind die englischen Kapitalisten nicht interessiert. Die Folge ist eine hohe Arbeitslosigkeit, d. h. ein „Überangebot" von Arbeitskräften. Niedrige Löhne sind das erwünschte Resultat.

Außerdem wird diese Situation ausgenutzt, um die Arbeiterklasse zu spalten. Die Arbeitslosigkeit wird nämlich auf den katholischen Bevölkerungsteil abgewälzt. So beschäftigt z. B. die größte nordirische Werft – eine der größten von Großbritannien – von 10 000 Arbeitern nur 300 Katholiken.

In den drei Verwaltungsbezirken Nordirlands, in denen überwiegend Katholiken leben, beträgt die Arbeitslosenquote ca. 15 %. In den drei anderen Bezirken sind es nur 5 %. Diese Zahlen täuschen jedoch noch sehr, da sie jeweils beide Bevölkerungsteile umfassen. In den ghettoartigen Slums der größeren Städte ist die Hälfte der katholischen Bewohner ohne Arbeit.

Viele arbeiten schon seit langem in England und sehen ihre Familie nur einmal im Monat. Tausende katholische Iren wandern jedes Jahr aus nach Übersee.

Angeblich wird Nordirland von England mit mehr als 1 Mrd. DM pro Jahr subventioniert. Doch dieses Geld fließt nur vervielfacht in die Taschen der Kapitalisten zurück. Reich werden davon höchstens einige Protestanten.

Man kann in der nordirischen Bevölkerung verschiedene Schichten bzw. Klassen unterscheiden:

1. Die protestantische Oberschicht von Kapitalisten und höheren Beamten, die das Land als englische Kolonie erhält und für die englischen Kapitalisten ausbeutet und unterdrückt.

2. Deren Helfershelfer in der protestantischen und geringen katholischen Mittelschicht von Kleinbesitzern und Beamten sowie in der protestantischen und auch der katholischen Kirche.

3. Die protestantischen Arbeiter, die durch Privilegien in Form von besserer Arbeit, höherem Lohn, besseren Wohnungen und geringerer Arbeitslosigkeit davon abgehalten werden sollen, sich mit den

4. katholischen Arbeitern zu einer einheitlichen Arbeiterklasse zu verbinden.

5. Die armen katholischen Bauern, Pächter und Landarbeiter.

Nur vergleichbar mit Südafrika

Protestant sein bedeutet in Nordirland, zu den Privilegierten zu gehören, wer katholisch ist, bleibt in den Slums. Dieser soziale Gegensatz in der Arbeiterklasse soll mit allen Mitteln aufrecht erhalten werden, um das profitable kapitalistische System zu stabilisieren.

Englische Imperialisten, irische protestantische Unionisten (die regierende Partei in Nordirland, für Zusammenarbeit mit England) und katholische Nationalisten (die „Opposition", für ein vereinigtes Irland unter ihrer Ausbeuterherrschaft) sind sich einig, wenn es gegen die Arbeiterklasse geht.

Sie benutzen die Religion und alle Mittel ihrer staatlichen Herrschaft, um die Arbeiterklasse zu entzweien und zu beherrschen:

▲ **Wahlrecht:** Noch bis zur letzten Wahl richtete sich die Stimmenzahl eines Wählers nach seinem Steueraufkommen und Besitz. So hatte ein protestantischer Hausbesitzer bis zu 6 Stimmen, ein katholischer Mieter in den Slums keine. Außerdem wurden vorwiegend protestantische Stadtteile in besonders viele Wahlbezirke eingeteilt. So ergaben sich immer wieder groteske Wahlverfälschungen zu Gunsten der regierenden Unionistenpartei. Z. B. erhielten bei einer Kommunalwahl in Derry 20 000 von 30 000 Wählern nur 8 von 20 Stadtratssitzen.

▲ **Wohnungsfrage:** Wohnungs- und Hausbesitz ist mit mehr Stimmen bei der Wahl verbunden und allein Protestanten vorbehalten. Dafür sorgen die regierenden Unionisten schon seit Jahrzehnten. So leben die Katholiken in abgeschlossenen Slums: die Bogside in Derry, Falls Road in Belfast. Die Wohnverhältnisse sind hier menschenunwürdig.

▲ **5 000 zu 90 % protestantische Polizisten**

▲ **9 000 protestantische Milizionäre** (sog. B-Specials, seit kurzem angeblich aufgelöst), die ihre Waffen zu Hause aufbewahren und natürlich aus den reaktionärsten Leuten bestehen.

▲ **Faschisten:** Der protestantische Pfarrer Paisley ist der schärfste der faschistischen Einpeitscher. Durch antikatholisch verbrämte Hetzpropaganda versucht er immer wieder, die Gegensätze zu verstärken.

▲ **Orangemen:** Ein Traditionsverband, der noch heute jedes Jahr



Internierungslager Long Kesh

die Siege der Engländer bei der blutigen Niederwerfung irischer Aufstände feiert und in seinen Liedern „in Katholikenblut watet".

Blutsonntag in Derry: Fallschirmjäger treiben Verhaftete vor sich her

Nach Beginn der demokratischen und nationalen Volksbewegung vor drei Jahren wurden weitere Unterdrückungsmaßnahmen ergriffen:

▲ **Ulster-Gesetz von 1922:** Dieses Notstandsgesetz erlaubt es, jedermann ohne Begründung, ohne Anklage, ohne Rechtsanwalt beliebig lange einzusperren. Zu diesem Zweck wurde z. B. das Internierungslager Long Kesh eingerichtet, in dem 750 Menschen, fast ausschließlich Katholiken, festgehalten werden. 2 300 Menschen wurden in den letzten 3 Jahren schon interniert. Entlassene berichten von Folterungen. Premierminister Heath gab dies kürzlich zu, indem er davon sprach, daß Folterungen durch Schlafentzug und Lärmmaschinen nicht mehr angewandt werden sollen.

▲ **15 000 englische Soldaten**

Diese Zustände lassen sich nur noch vergleichen mit dem rassistischen und faschistischen Regime der Kapitalisten in Südafrika. Auch die Ähnlichkeiten mit Hitlerdeutschland sind nicht zufällig.

Religionskrieg?

Terroristen?

Klassenkampf!

Wenn nun die Verelendeten und Ausgebeuteten sich erheben gegen die englische Unterdrückung und deren Teilhaber, die meist protestantischen nordirischen Kapitalisten, so ist das kein Religionskrieg, sondern Klassenkampf.

Die Kapitalisten sprechen gerne von „Terroristen", wenn sich Teile des Volkes gegen sie erheben. Aber die Männer und Frauen, die die Slums von Derry und Belfast gegen englische Soldaten und nordirische Faschisten verteidigen, sind nur der aktivste unabtrennbare Teil der Bevölkerung.

Wenn sich englische Patroullien durch diese Stadtteile bewegen, werden sie begleitet von irischen Frauen, die mit Kochtopfdeckeln und Trillerpfeifen lärmen, um Guerillas zu warnen. Fast jeder würde einem IRA-Mann, d. h. einem Mitglied der Irischen Republikanischen (Guerilla-) Armee, Unterschlupf und Unterstützung geben, auf der Flucht weiterhelfen, oder die Verfolger ablenken.

Jede Maßnahme und jedes Verbot der Imperialisten steigert nur die revolutionäre Unruhe der Bevölkerung und vergrößert nur die Menge der demonstrierenden und kämpfenden Menschen.

800 Jahre Kampf gegen die englischen Unterdrücker

Seit der Annektierung Irlands durch England im 12. Jahrhundert ist die Geschichte des Landes eine in Europa einzigartige Folge von Sklaverei, Hungersnöten, Massenmorden und immer neuen erfolglosen Aufständen.

Die englischen Könige waren zunächst an dem fruchtbaren Land interessiert, das sie an ihre Edelleute für besondere Verdienste vergeben konnten. Diese Landbesitzer lebten in England in Saus und Braus von den Erträgen ihrer Ländereien und den Pachtgebühren, während die irischen besitzlosen Pächter und Landarbeiter sich zu Tode arbeiteten oder verhungerten. Ohne Rücksicht auf die Menschen wurde aus diesem Land bis ins 18. Jahrhundert alles an Geld, Vieh, Getreide und anderen Gütern herausgepreßt, was nur irgend möglich war.

Während andere keltische Völker, wie die Schotten und Waliser, mehr oder minder im englischen Volk aufgingen, führte die außerordentliche Unterdrückung der Iren zu einem nie erlöschenden Freiheitskampf und damit zur Festigung und Erhaltung ihrer Nationalität.

Der stärkste Befreiungsversuch des irischen Volkes begann im Oktober 1641, hielt sich 10 Jahre und wurde von England mit einem grausamen Vernichtungskrieg beantwortet. Niemals vergessen werden die Iren den Fall der Stadt Drogheda, bei dem die Engländer im wahrsten Sinne des Wortes „im Blut wateten". Sämtliche Einwohner wurden umgebracht oder als Sklaven verkauft. Das Ende war die völlige Entrechtung von Katholiken, d. h. der gesamten irischen Bevölkerung. Verboten war ihre Sprache und Schrift ebenso wie z. B. das Recht, Land zu erwerben.



Besatzungstruppen in Belfast

Die englischen Großgrundbesitzer ließen durch ihre Agenten die Pachtgelder rücksichtslos eintreiben. Kamen schlechte Jahre, so wurden hunderttausende von Pächtern auf die Straße geworfen. Dadurch entstand ein landwirtschaftliches Proletariat, wie in keinem anderen Teil Europas. Den Menschen blieb, falls sie nicht verhungern wollten – und es sind viele Hunderttausende verhungert – nichts anderes übrig, als auszuwandern.

Während die Bevölkerungszahl bis dahin auf 8,2 Mill. Menschen angewachsen war, ging sie während einer furchtbaren Hungersnot zwischen 1845 und 1851 um

Forts. nächste Seite

ARBEITERKAMPF
Herausgeber-Druck-Verlag:
J. Reents Verlag Arbeiterkampf Hamburg
Presserechtlich verantwortl.: K. Ehlers, Hamburg
Auflage 8 000
Verlagskonten = Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents
Postscheckkonto Hamburg 240 595 J. Reents

Forts. von Seite 3

Volkskrieg in Irland

1,6 Mill. zurück. Seitdem hat sie sich durch Auswanderung trotz hohem Geburtenüberschuß weiter um ca. 5 Mill. verringert. So leben nun in den USA mit ca. 7 Mill. mehr Iren, als im Mutterland mit ca. 4 Mill. und weitere 2 Mill. in anderen Ländern.

Sinn Fein – Wir selbst!

Der englische Kapitalismus brauchte zu seiner weiteren Entwicklung den protestantischen und katholischen Mittelstand als eine Schicht, die ihm ergeben war und seine Interessen gegenüber der entstehenden Arbeiterklasse durchsetzen helfen konnte. Deshalb erhielt Irland im 19. Jahrhundert das eingeschränkte Wahlrecht und eigene Verwaltungsorgane. Die völlige Entrechtung der Katholiken wurde aufgehoben.

Die Großgrundbesitzer und Adligen wurden entmachtet, ihnen wurde das Land abgekauft und den Pächtern überlassen – natürlich auf Kosten des Volkes, das hierfür noch bis 1963 Zinsen zahlen sollte. So verwandelte sich der Feudalismus (Adelsherrschaft) in den Kapitalismus. In Nordirland, besonders um Belfast, entstand eine Werft - und Leinenindustrie.

Die Entwicklung des Kapitalismus erzeugte aber auch die Kraft, die ihn eines Tages ebenso besiegen wird, wie er den Feudalismus besiegte: die Arbeiterklasse.

In den USA entstand der Geheimbund der Fenier, der eine freie irische Republik anstrebte und bald große Unterstützung in den Massen gewann.

Die Partei der Fenier, Sinn Fein (Wir selbst!), führte schließlich im Osteraufstand von 1916 die nationale Revolution an.

Zwar wurde der Aufstand niedergeschlagen, doch die weitergärende Unruhe sowie die Erfordernisse des 2. Weltkrieges beschleunigten den Übergang der Imperialisten zu einer liberaleren Herrschaftsform für Irland.

Im Vertrag von 1921 wurde das überwiegend katholische Südirland zum „Freistaat", später zur „Republik". Nordirland erhielt weitere politische Rechte, blieb aber Teil Großbritanniens.

Damit hatten die englischen Kapitalisten ihre ehemalige Kolonie nach dem Prinzip „Teile und herrsche" übergeführt in angeblich freie Gebiete, die sie nur um so besser beherrschten.

Obwohl Agrarland, muß Irland 9 / 10 des benötigten Getreides importieren. Obwohl Arbeitskräfte vorhanden sind, geht der Aufbau einer Industrie nicht voran. Kurz gesagt, Irland ist auch heute noch eines der „Entwicklungsländer", aus denen die Kapitalisten ihre größten Profite ziehen und die sie deshalb in diesem Zustand von Abhängigkeit und Rückständigkeit erhalten wollen.

Nur eine wirkliche Regierung des Volkes, die nicht von den englischen Imperialisten bestochen ist, könnte dies ändern.

Es kommt also nicht nur darauf an, die Engländer von der Insel zu vertreiben. Auch eine Gleichberechtigung von Katholiken und Protestanten wäre nur eine Gleichverteilung des Elends. Die Situation der Menschen in Irland ist durch die ökonomische Unterdrückung bestimmt und diese läßt sich nur im Kampf für den Sozialismus verändern.

Religion – Mittel der Klassenherrschaft

Nach der Einnahme von Drogheda hatten die Engländer begonnen, Iren das Land wegzunehmen und protestantische Siedler an ihre Stelle zu setzen. Der Religionsgegensatz war also von Anfang an ein Gegensatz zwischen privilegierten Landbesitzern und der rechtlosen einheimischen Bevölkerung.

Aber nicht nur der Religionsgegensatz, sondern auch die reaktionäre katholische Religion selbst hatte die Aufgabe, das irische Volk unter Kontrolle zu bringen, vom wirklichen Gegensatz abzulenken, und auf ein besseres Jenseits zu vertrösten.

Auch heute noch ist der Katholizismus des irischen Volkes ein Hemmnis für seine Enwicklung. Denn die katholische Kirche wehrt sich mit allen Kräften gegen den Sozialismus, der ihre Herrschaft und Einkünfte bedroht, und macht all ihren Einfluß auf die Gläubigen geltend, um sie reaktionär zu beeinflussen. Dies gelingt ihr umso leichter, als einerseits der katholische Mittelstand sie bei dieser Arbeit unterstützt und andererseits protestantische Faschisten den angeblichen Religionsgegensatz wachhalten.

Gerade die besonderen Zusammenhänge zwischen Politik und Religion in Irland machen es zu einer wichtigen Aufgabe für die Sozialisten, die Einheit der irischen Arbeiterklasse zu betonen.

Die Schlacht in der Bogside

Im Jahr 1968 trat in Nordirland ein Stimmungsumschwung ein. Die tiefe Krise des englischen Imperialismus erzeugte eine Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung. Die Ungerechtigkeit und der Unterschied in den Lebensverhältnissen zwischen den Privilegierten und dem Proletariat nahm zu. Die revolutionäre Unruhe wuchs.

Am 12. August 1969 veranstalteten die Protestanten in (London-) Derry ihren jährlichen Umzug. Derry gehört mit dem katholischen Ghetto Bogside zu den Städten mit den schlechtesten Wohn- und Arbeitsverhältnissen und der übelsten politischen Manipulation. In den vergangenen Monaten war es immer wieder zu Straßenschlachten mit der Polizei und Plünderungen gekommen, auch in den protestantischen Arbeitervierteln. Bei der herrschenden Stimmung war die Abhaltung dieser antikatholischen Parade eine offene Provokation. Die reaktionären Protestanten verfolgten damit die Absicht, den Aufruhr ein für allemal niederzuschlagen und Protestanten und Katholiken erneut aufeinander zu hetzen. Obwohl die Bewohner von Bogside sich kaum provozieren ließen, ging die Polizei hart vor.

Doch die katholischen Proletarier hatten das Gefühl, daß sie nun oft genug vor der Polizei davongelaufen waren: Sie errichteten Barrikaden um ihr Viertel und begannen die Verteidigungsschlacht.

Bernadette Devlin (mutige irische Sozialistin, Abgeordnete für Irland im englischen Parlament) berichtet:



Bernadette Devlin

„Es geschah dort folgendes: einfache friedliche Menschen, denen nichts daran lag, fünfzig Stunden lang Steine und Molotow-Cocktails zu werfen, hatten das Unrecht erkannt, das man ihnen ein halbes Jahrhundert lang angetan hatte und lernten nun, sich im Kampf selber zu verteidigen. Wir errichteten Barrikaden aus allem, was uns in die Hände fiel, um zu verhindern, daß die Polizei geradewegs in unseren Bezirk eindrang und, wie sie sagte, ‚Bogside ein für allemal fertigmachte'."



Die Bogside wird gegen die Polizei verteidigt

„Wir kämpften die ganze Nacht, den ganzen nächsten Tag und die folgende Nacht hindurch bis zum dritten Tag und zeigten der Polizei, daß sie uns mit nichts schlagen könne."

Die Kämpfe weiteten sich aus, in Belfast erschoß die Polizei 9 Menschen, darunter ein 9 Jahre altes Kind, und die Protestanten brannten 400 Häuser nieder. Erst jetzt wurde die militärische Abteilung der Sinn Fein, die IRA, wieder aktiv. Sie verteidigte den Slum Falls Road in Belfast gegen die stürmenden Protestanten. Dann setzten die Engländer Truppen ein.

Die englischen Imperialisten gingen in Nordirland unter Ausnutzung der von ihnen selbst geschürten Widersprüche vor: Während die nordirischen Kapitalisten und die reaktionäre protestantische Massenbewegung die Rolle des Angreifers übernommen hatten und sich als der eigentliche Feind darstellten, konnten sich die englischen Truppen als Friedensstifter im Religionsstreit aufspielen. Doch hinter beiden stehen die englischen Kapitalisten. Ihre Absicht war es, mit Hilfe von Reformen, die nichts grundsätzlich ändern, die irische Arbeiterklasse zu täuschen und weiter unter ihrer Kontrolle zu halten.

Doch ein Jahr später hatten sich die englischen Soldaten als Besatzungstruppe entlarvt, da sie aufgrund des wachsenden irischen Befreiungskampfes immer mehr zum Gehilfen der nordirischen Unionistenregierung wurden. Die Einrichtung des Internierungslagers Long Kesh machte den Sachverhalt endgültig klar. Die Parole heißt nun: Raus mit den Engländern!

Die Situation in Irland zeigt eine Veränderung des Kräfteverhältnisses:

- Die Bogside kann nur noch von Soldaten in Panzerwagen inspiziert werden (siehe Foto: You enter free Derry = Hier beginnt das freie Derry).
- 32 000 Haushalte mit ca. 100 000 Menschen zahlen aus Protest keine Miete, Gas oder Strom mehr.
- Trotz Verbot und blutigem Terror finden immer wieder Demonstrationen statt.
- Die IRA ist stärker als je zuvor, ihre Aktivität nimmt zu, ihre Basis im Volk wächst.
- Die Republik Irland ist aufgrund der Stimmung der Massen gezwungen, der IRA, die von hier aus operiert, alle Freiheit zu lassen, obwohl England und die nordirische Regierung immer wieder auf Gegenmaßnahmen drängen. Tausende melden sich freiwillig. Sie haben außer ihrer Armut nichts zu verlieren.
- Die englischen Imperialisten können kaum noch eine Lösung anbieten, die ihren Interessen dient und für das Volk akzeptabel ist. Sie werden mindestens Zugeständnisse machen müssen.

Das Ziel des Kampfes

Das Ziel des Kampfes scheint der Mehrheit der Bevölkerung klar: Ein freies Irland. Doch der Ausgang des Kampfes wird davon abhängen, ob sich das irische Proletariat seiner Lage bewußt wird:

▲ Nur eine vereinigte irische Arbeiterklasse kann dieses Ziel erreichen.

▲ Nur ein sozialistisches Irland kann ein freies Irland werden.

Das verräterische Verhalten der Kapitalisten der Republik Irland und ihrer Regierung demonstriert jeden Tag, daß auch ein vereinigtes Irland unter der Herrschaft der irischen Bourgeoisie weder frei sein wird vom englischen Imperialismus, noch von der kapitalistischen Ausbeutung und dem darin begründeten Elend des Volkes.

Auch wenn das Resultat des Kampfes vielleicht nur ein kleiner Fortschritt im antiimperialistischen Kampf sein wird, vielleicht nur ein neuer mühsam und blutig errungener Kompromiß mit den Imperialisten, gehört dem irischen Volk unsere volle Solidarität. ■



Sowohl Nordirland, als auch die Republik Irland sind von England wirtschaftlich völlig abhängig. Die englischen Kapitalisten und ihre Regierung versuchen auch weiterhin mit allen Mitteln, bis zum brutalen Einsatz ihrer Armee, Irland auf dem Stand einer unterentwickelten Kolonie zu halten.

Früher war der englische Imperialismus die Weltmacht Nr. 1, die in ihrer Blütezeit ein Viertel der Erdoberfläche als Kolonie unterjocht hatte. Heute befindet sich der englische Imperialismus in seinem Niedergang, fast alle Kolonien und Einflußbereiche hat er an konkurrierende, imperialistische Staaten verloren. Immer schwieriger wird es für ihn, in dem noch unter seinem direkten Einfluß stehenden Irland, mit dem revolutionären Kampf der unterdrückten irischen Massen fertig zu werden. Zumal auch die englische Arbeiterklasse, von der große Teile bisher an dem Weltgeschäft der Imperialisten mitprofitiert hatten und auf deren Kosten die englischen Imperialisten jetzt versuchen, aus der Misere herauszukommen, hartnäckige Kämpfe gegen die Verschlechterung ihrer Lebenslage führt. Der hervorragend von den Bergarbeitern, Transportern und Dockern organisierte und erfolgreiche Streik im Februar ist nur ein Beispiel. (Wir berichteten darüber im Arbeiterkampf Nr. 14).

Im nächsten „Arbeiterkampf" werden wir berichten über:

- den Aufstieg und Niedergang des englischen Imperialismus
- die englische Arbeiterklasse und ihren Kampf gegen die Auswirkungen der Krise des englischen Imperialismus auf ihre Lebenslage.

Zusammenarbeit mit der "Kommunistischen Initiative Köln"

Anfang Februar fand ein Gespräch zwischen Vertretern der „KOMMUNISTISCHEN INITIATIVE" (KI) Köln und des KB / Gruppe Hamburg statt. Beide Organisationen gingen von der Einschätzung aus, daß sich die organisierten Angriffe der Kapitalistenklasse auf die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten in Zukunft erheblich verschärfen werden. Für die Kommunisten entsteht daraus die Notwendigkeit, die bisher noch stark zersplitterten Kräfte zusammenzufassen und die Auseinandersetzung um die wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung voranzutreiben.

Die Debatte um ein politisches Programm der Kommunisten, das Antwort gibt auf die Fragen der Arbeiterbewegung hat gerade erst begonnen, nachdem „links"sektiererische Gruppen mit Parteianspruch, größenwahnsinnigem Geschwätz und hohler Phrasendrescherei die sozialistische Bewegung jahrelang aufgehalten haben. Gleichfalls ist es notwendig, durch eine kontinuierliche politische Propaganda - Tätigkeit, möglichst viele Arbeiter in diese Diskussion mit einzubeziehen. Andererseits ist klar, daß die Kräfte eines einzelnen Zirkels oder nur einer kleinen Gruppe von Zirkeln diese Arbeit nicht leisten kann. So weisen die Genossen der KI - Köln in ihrer Zeitschrift „KLASSENKAMPF" richtig darauf hin, daß die „Einheit der Revolutionäre – das Gebot der Stunde" ist.

Die Vertreter beider Organisationen führten das Gespräch mit dem Ziel, die Möglichkeiten für die unmittelbare Aufnahme gemeinsamer Arbeit zu prüfen. Dabei stand die gemeinsame Arbeit an der Zeitung (ARBEITERKAMPF) im Vordergrund. Aufgrund weitgehender Einheit in einer Reihe wichtiger Fragen, wurden von den Vertretern beider Organisationen eine gemeinsame Propaganda - Tätigkeit und Arbeit an der Zeitung befürwortet. Inzwischen vertreiben die Genossen der KI den ARBEITERKAMPF in Köln und Bergkamen (bei Dortmund).

Die gemeinsame Arbeit von KB und KI bedeutet nicht, daß es keine politischen Differenzen zwischen den Organisationen gibt. Diese Differenzen sollen keineswegs vertuscht, sondern in kameradschaftlicher Weise mit dem Willen zur Einheit und Klarheit in der zukünftigen Zusammenarbeit geklärt werden. Für diese Zwecke steht auch unsere Presse, vor allem unsere Zeitschrift - „Unser Weg" zur Verfügung. Eine solche Differenz zwischen unseren Organisationen besteht z. B. in der Beurteilung der „nationalen Frage". So betonten die Vertreter der KI die Notwendigkeit einer gemeinsamen revolutionären Strategie der westdeutschen und DDR - Arbeiter mit dem Ziel der Wiedervereinigung auf sozialistischem Boden. Dagegen wiesen die KB - Vertreter darauf hin, daß die unterschiedliche gesellschaftliche Struktur in der BRD und der DDR unterschiedliche Strategien voraussetzt bei der sozialistischen Befreiung der westdeutschen Arbeiterklasse zum einen und bei der Wiederherstellung der proletarischen Demokratie in der DDR durch die Arbeiterklasse der DDR zum anderen.

Diese und andere Differenzen werden noch Gegenstand gründlicher Untersuchung und gegebenenfalls öffentlicher Auseinandersetzung zwischen KB und KI sein.

Zur Zeitungsarbeit des Kommunistischen Bundes

Im Statut des Kommunistischen Bundes ist die Herausgabe einer politischen Zeitung vorgesehen. Diese Zeitung wird von einer ständigen Redaktion gemacht; die Festlegung der allgemeinen Linie und Thematik der Zeitung soll durch eine erweiterte Redaktionskonferenz erfolgen.

Auf der erweiterten Redaktionskonferenz im Januar wurde allgemein Kritik an der bisherigen Zeitungsarbeit geübt. Es wurde festgestellt, daß bisher die politisch - theoretische Diskussion und Auseinandersetzung um die aktuellen Grundfragen der Arbeiterbewegung kaum oder gar nicht im ARBEITERKAMPF Platz gefunden hat. Hier sollte eine Veränderung herbeigeführt werden. Der Abdruck eines längeren Artikels zur Frage des Faschismus im ARBEITERKAMPF ist erster Ausdruck hiervon.

Die auf der erweiterten Redaktionskonferenz geübte Kritik deckt sich in wesentlichen Punkten mit den Vorstellungen der Genossen vom Kommunistischen Bund Bremen (vgl. „Wahrheit", Organ des KBB, Februar 72). Die Bremer Genossen schreiben:

> „Unter politischer Zeitung verstehen wir ein Organ, das auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen eingeht, sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus aus beleuchtet und – soweit das beim jetzigen Stand der Auseinandersetzung möglich ist – darüber zur politisch - theoretischen Anleitung wird."

Unter diesem Gesichtspunkt urteilen die Bremer Genossen.

> „Gibt es heute eine solche Zeitung? Diese Frage ist mit einem klaren ,Nein' zu beantworten. Bisher zeichnen sich vielmehr die Zeitungen der kommunistischen Zirkel und Organisationen in sehr starkem Maße durch regionale und politische Beschränktheit aus ... "

Speziell über den ARBEITERKAMPF schreiben die Bremer Genossen:

> **„ ... Noch unklar ist bisher die Entwicklung, die der von den KB - Genossen in Hamburg herausgegebene ,Arbeiterkampf' nehmen wird. Diese Zeitung stellt zwar die Klassenkämpfe in unserer Gesellschaft viel breiter dar, als die meisten anderen ,Arbeiterzeitungen', hat aber ebenfalls bisher noch auf die Darstellung der Auseinandersetzung über die grundlegenden Fragen der Revolution in Westdeutschland verzichtet ... "**

Diese Kritik ist berechtigt. Solange jedoch die Zeitung nur einmal im Monat erscheint und aus wirtschaftlichen Gründen einen bestimmten Umfang (etwa 12 Seiten) nicht überschreiten sollte, besteht das Problem, die politisch - theoretische Auseinandersetzung in die Zeitung aufzunehmen, o h n e daß dabei die konkrete Darstellung der Klassenkämpfe in der BRD und in der Welt, Betriebsberichte usw. zu kurz kommen.

Dieses Problem haben die Bremer Genossen jedenfalls in der Nr. 1 ihrer „Wahrheit" noch nicht gelöst. Auf der genannten Basis ist das Problem unserer Ansicht nach auch gar nicht zu lösen. Um die A l l s e i t i g k e i t der politischen und theoretischen Aufgaben einer kommunistischen Zeitung wahrnehmen zu können, müßte diese zumindest vierzehntägig erscheinen. Das stellt allerdings bestimmte Anforderungen an die Organisation (Vertrieb der Zeitung), wie auch an die Zeitungsredaktion, deren Arbeitsaufwand erheblich zunehmen würde.

Auf der gegenwärtigen Entwicklungsstufe der politisch - theoretischen Auseinandersetzung zwischen den Kommunistischen Organisationen erscheint die Existenz einer ganzen Reihe von Zeitungen als notwendiges Übel. Die Gefahr besteht allerdings, daß daraus eine prinzipienlose „Materialschlacht" der kommunistischen Organisationen untereinander werden könnte, bei der der kapitalistische Hauptfeind und das Ziel der politisch - theoretischen Auseinandersetzung aus dem Blickfeld geraten. Es wird deshalb notwendig sein, sich an eine solidarische Form der Auseinandersetzung zu halten: Ziel muß die politisch - theoretische und letzten Endes organisatorische E i n h e i t der westdeutschen Kommunisten sein, nicht aber das „Abschlachten" anderer Organisationen.

Zur Redaktionsarbeit

Auf der erweiterten Redaktionskonferenz im Januar wurde von zwei entgegengesetzten Positionen aus Kritik an der bisherigen Form der Redaktionsarbeit geübt.

Die Cuxhavener Genossen waren der Meinung, daß die Kontrolle des ARBEITERKAMPF durch die erweiterte Redaktion noch zu s c h w a c h ist, traten also für die Stärkung dieses Gremiums ein. Sie wollten diese Kontrolle in der Form, daß jede Ausgabe der Zeitung vor Erscheinen von der erweiterten Redaktion durchgearbeitet und korrigiert werden sollte. In der folgenden Diskussion konnte klargemacht werden, daß die Kontrolle durch die erweiterte Redaktion aus praktischen Gründen nicht in der unmittelbaren „Verabschiedung" jeder Ausgabe bestehen kann, sondern in der Festlegung der politisch - theoretischen Linie der Zeitung, langfristige Planung von Themen und Inhalten, Kritik an der bisherigen Zeitungsarbeit u. ä. Die Kontrolle im engeren Sinne muß dagegen von der ständigen Redaktion ausgeübt werden.

Umgekehrt liefen die Vorstellungen der Flensburger Genossen auf eine Schwächung und letzten Endes sogar die Liquidierung der erweiterten Redaktion in ihrer bisherigen Aufgabenbestimmung hinaus. Die Flensburger Genossen meinten nämlich, die Kontrolle der Zeitung müßte durch die politische Leitung des KB erfolgen, während die erweiterte Redaktion sich darauf beschränken sollte, Berichte und Informationen aus ihrem Bereich an die Zeitung zu schicken.

Praktisch würde das die Auflösung der erweiterten Redaktion zugunsten eines Netzes ständiger Korrespondenten bedeuten.

Im Statut der KB ist festgelegt worden:

> **„Die im KB zusammenarbeitenden Organisationen wählen eine ständige Redaktion der gemeinsamen Zeitung. Auf einer regelmäßig tagenden erweiterten Redaktionskonferenz sind verantwortliche Delegierte der einzelnen Organisationen des KB zugegen.**
>
> **Auf der erweiterten Redaktionskonferenz wird die thematische und politische Richtung der Zeitung bestimmt. Auf diesem Wege wird die ständige Teilnahme und Mitarbeit aller dem KB angehörenden Organisationen gewährleistet sowie eine Kontrolle der ständigen Redaktion verwirklicht."**
>
> **(Art. 4)**

Die Redaktion bestimmt die politische Linie der Zeitung. Das bedeutet natürlich nicht, daß allein die Redaktion entscheiden könnte, was in der Zeitung stehen sollte und was nicht. Insbesondere Beiträge der politischen Leitung, aber auch der einzelnen Einheiten des KB werden auch dann Platz in der Zeitung finden müssen, wenn die Redaktion mit ihnen nicht völlig übereinstimmt.

Die Aufgabenstellung der Redaktion erfordert die Stärkung sowohl der ständigen, wie auch der erweiterten Redaktion. Insbesondere ist es notwendig, daß sich die Genossen der erweiterten Redaktion nicht – wie bisher – darauf beschränken, Betriebsberichte u. ä. zu machen, sondern daß sie auch mit grundsätzlichen Artikeln an der Hebung des politisch - theoretischen Niveaus des ARBEITERKAMPF teilnehmen.

Gespräch mit KBB

Anfang Februar fand zwischen dem Kommunistischen Bund Bremen (KBB) und dem Kommunistischen Bund ein schon seit längerem vorgesehenes Gespräch statt.

In der Vergangenheit war es zwischen diesen Organisationen zu schweren Differenzen gekommen. Der KBB hatte eine vergleichsweise geringfügige Meinungsverschiedenheit zum Anlaß für schwere Angriffe auf die Hamburger Organisation genommen. Daraufhin sah sich der KBB zu einer sehr weitgehenden Selbstkritik veranlaßt.

Das jüngste Treffen sollte die Klärung der Vorfälle der Vergangenheit vorantreiben. Zum anderen – und das war das Zentrale – stand die Erörterung der künftigen Aufgaben der Kommunisten in der BRD und speziell in Norddeutschland auf der Tagesordnung.

In diesem Zusammenhang kam die Gründung des Kommunistischen Bundes noch einmal zur Sprache. Der KBB hatte die in der Tat unzureichende Gründungserklärung zum Anlaß genommen, gegen den Kommunistischen Bund – auf Grund von Spekulationen und Unterstellungen – eine Polemik zu führen. Daß man sich bei der Polemik nicht der solidarischen Korrektheit befleißigt hatte, wurde von den Bremer Genossen zugestanden.

Unterschiedliche Auffassungen kamen in der Beurteilung der Entwicklung der spontanen Arbeiterbewegung zum Ausdruck. Die Bremer Genossen sicherten zu, auf Grund unserer Ausführungen und nach nochmaligem Studium unserer Darlegungen in „UNSER WEG", Nr. 13 und 14, ihren bisherigen – unserer Ansicht nach zu optimistischen – Standpunkt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Wesentlicher Gegenstand des Gesprächs war im weiteren, wie die Beziehungen der beiden Organisationen und wie insgesamt die Zusammenarbeit der verschiedenen kommunistischen Zirkel in der BRD zu verbessern sind. Wir wiesen besonders auf die Notwendigkeit der Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den kommunistischen Zirkeln hin, da wir dieser Frage **grundsätzliche Bedeutung** beimessen.

Der KBB maß dagegen der Zusammenarbeit zwischen den Zirkeln nicht die gleiche Bedeutung bei, wie wir. Der KBB äußerte die Befürchtung, eine zu starke Orientierung auf die Zusammenarbeit könnte die politisch - theoretische Diskussion vor der Öffentlichkeit in den Hintergrund treten lassen.

Dennoch sind die beiden Organisationen übereingekommen, die Kontakte zu verbessern. Besonders die gegenseitige Information soll in der Zukunft intensiviert werden. Auch für den 1. Mai ist eine Koordinierung der Aktivitäten ins Auge gefaßt.

Es ist uns nur sehr unvollkommen gelungen, die Bremer Genossen von der **grundsätzlichen Bedeutung** einer Verbesserung der Zusammenarbeit zu überzeugen, obwohl wir besonders hervorhoben, daß eine inhaltlich fruchtbare öffentliche Diskussion gerade durch intensive Zusammenarbeit angeregt und gefördert wird, daß diese beiden Elemente einander geradezu bedingen und daß schließlich Fortschritte beim Aufbau der Kommunistischen Partei ohne die Hebung des Niveaus der praktisch - organisatorischen Zusammenarbeit kaum möglich sein werden.

Es wurde für die nächste Zeit ein weiteres Gespräch vereinbart, das zeigen muß, inwieweit sich in dieser zentralen Frage zwischen den beiden Zirkeln Fortschritte erzielen lassen.

Kampf dem Faschismus

1933 kamen in Deutschland die Nazis an die Regierung. Die Kapitalistenklasse ersetzte so die ohnehin schon stark eingeschränkte bürgerliche Demokratie durch offene Diktatur.

Die Organisationen der Arbeiter - Gewerkschaften, KPD und SPD — wurden verboten und mit brutaler Gewalt unterdrückt. Streiks waren verboten. Lohn und Arbeitsbindungen wurden vom Staat zwangsweise festgesetzt.

Der terroristischen Politik nach innen, entsprach eine agressive Außenpolitik, die schließlich zum Weltkrieg führte.

Mit dem militärischen Zusammenbruch Deutschlands 1945 endete auch die Nazi - Herrschaft. „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!", das war damals die Stimmung der werktätigen Massen, der auch die wieder erstandenen bürgerlichen Parteien Rechnung tragen mußten.

Aber der Bruch mit dem Faschismus war niemals vollständig. Große Teile der Nazi - Diktatur wurden in den Staatsapparat der „demokratischen" Bundesrepublik übernommen:

- Nazi - Richter, die viele Familien ins Unglück gebracht haben und so manches Menschenleben auf dem Gewissen haben, sprechen heute noch „Recht"
- Gestapo - Spitzel sind heute wie einst auf Kommunisten - und Demokratenjagd
- Nazi - Generale und - Offiziere, verantwortlich für hundertfachen und tausendfachen Mord, sind in der Bundeswehr aktiv
- Nazi - Politiker wie Kurt - Georg Kiesinger stehen immer noch an führender Stelle in den bürgerlichen Parteien.

Schritt für Schritt drängte die Kapitalistenklasse nach 1945 die Arbeiter zurück. Im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 wurden den Arbeitern viele Rechte genommen, die sie sich nach 1945 in den Betrieben erkämpft hatten. Mitte der 50er Jahre wurde gegen den Willen der werktätigen Massen die Remilitarisierung, der Aufbau der Bundeswehr durchgesetzt. 1956 wurde — genau wie in der Nazi-Zeit — die KPD erneut verboten. Mit den Notstandsgesetzen von 1968 hat sich der Kapitalistenstaat weitgehende Vollmachten für den Fall einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Situation geschaffen. Gegenwärtig wird die massive Ausweitung von Bundeswehr und Polizei und die Umstellung des „Bundesgrenzschutz" zur reinen Bürgerkriegsarmee betrieben. Das Berufsverbot für sozialistische Lehrer bedroht diese in ihrer sozialen Existenz und zielt auf die Einschüchterung aller demokratischen Lehrer ab. Das Verbot kommunistischer Organisationen wird vorbereitet.

Besteht die Gefahr eines neuen Faschismus? Das ist eine Frage von besonderer Wichtigkeit, denn sie entscheidet über unsere Strategie und Taktik in den kommenden Kämpfen.

Selbstkritisch müssen wir sagen, daß im Vergleich zur Wichtigkeit des Problems unsere bisherigen Untersuchungsarbeiten zum Faschismus immer noch unzureichend sind. Das bisher an Untersuchungsarbeit Geleistete hat außerdem zu wenig Aufnahme in unsere Agitation und Propaganda gefunden. Da in der Organisation noch nicht planmäßig und umfassend Klarheit über das Problem des Faschismus geschaffen wurde, treten in der Agitation (Flugblätter, Branchenzeitungen) vereinzelt mißverständliche oder auch fehlerhafte Äußerungen auf.

Es scheint uns notwendig, daß die kommunistischen Organisationen das Problem des Faschismus verstärkt diskutieren. Das sollte allerdings nicht so gemacht werden, daß mit gefälschten oder verstümmelten Zitaten gearbeitet wird, um anderen Organisationen unsinnige Auffassungen zu unterstellen, oder daß Auffassungen verschiedener Organisationen undifferenziert in einen Topf geworfen werden. Die Auseinandersetzung wird vielmehr nur dann fruchtbar sein, wenn der ernsthafte Wille besteht, die eigene Position möglichst umfassend darzulegen und fremde Positionen wirklich zu verstehen und zu diskutieren, statt auf einer einzigen mißverständlichen Formulierung eine weitschweifige Polemik aufzubauen.

Der folgende Artikel soll ein Diskussionsbeitrag sein.



Faschismus: Terror nach innen ....



.... und Aggression nach außen

Um die Wende zum 20. Jahrhundert vollzog sich die Ablösung des Kapitalismus der „freien Konkurrenz" durch den Imperialismus.

Unter Imperialismus verstehen wir das letzte Stadium des Kalitalismus, das u. a. folgende Merkmale hat:

1. **Konzentration der Produktion und des Kapitals zu Monopolen, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen**
2. **Verschmelzung von Bankkapital und Industriekapital zum „Finanzkapital"**
3. **Der Kapitalexport gewinnt gegenüber dem Warenexport an Bedeutung**
4. **Herausbildung internationaler Monopole, die den Weltmarkt unter sich aufteilen.**

Auf dieser wirtschaftlichen Grundlage beinhaltet der Imperialismus einen gesteigerten Drang zur Reaktion nach innen und zur Agression nach außen. **„Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet — das ist das Ergebnis dieser Tendenz." (Lenin)**

Das bedeutet jedoch nicht, daß sich der Imperialismus gradlinig in Richtung auf Abbau demokratischer Rechte, in Richtung Unterdrückung immer und unter allen Umständen entwickeln würde. Vielmehr kombiniert der Imperialismus die Methode der offenen Unterdrückung mit der oft nicht minder wirksamen Methode scheinbarer Zugeständnisse. Ein anschauliches Beispiel dafür in jüngster Zeit ist die fast gleichzeitige Verabschiedung der Notstandsgesetze einerseits und die Zulassung der DKP andererseits im Jahre 1968.

Zeitweise hat die Methode der Unterdrückung das Übergewicht, zeitweise aber auch die Methode der scheinbaren Zugeständnisse und der Täuschung, wie gegenwärtig immer noch.

Der extremste Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion ist der Faschismus. Aber nicht einmal der Faschismus verzichtet gänzlich auf die Methode scheinbarer Zugeständnisse und Täuschung der Massen. Vor allem breite Massen der Bauernschaft und des Mittelstandes, aber selbst Teile der Arbeiterklasse erlagen zeitweise mehr der Demagogie als der offenen Gewalt des Faschismus.

Betrachten wir zur Begriffsklärung kurz den Faschismus in seinen wichtigsten historischen Erscheinungsformen.

ITALIEN

Bis 1914 hatte sich der Kapitalismus in Italien zur herrschenden wirtschaftlichen Kraft entwickelt, ohne sich aber gleichmäßig in ganz Italien durchgesetzt zu haben. In Süditalien und auf den Inseln waren noch die Zustände der Feudal - Gesellschaft die vorherrschenden. Das kam auch im Staatsapparat zum Ausdruck, der noch in Form der Monarchie organisiert war und in hohem Maß den Interessen der Großgrundbesitzer verpflichtet war.

Vom Kriegseintritt Italiens 1915 versprach sich die Kapitalistenklasse vor allem hohe Profite, Landeroberungen und eine Neuverteilung der Staatsmacht zu ihren Gunsten. Tatsächlich ging aber das kapitalistische Italien geschwächt aus dem Krieg hervor: Die wirtschaftliche Basis war erschöpft und desorganisiert; die italienische Schwerindustrie brach zusammen, und andere Industriezweige folgten. Auf außenpolitischem Gebiet blieben die weitgespannten Hoffnungen der italienischen Bourgeoisie weitgehend unerfüllt, weil die englischen und französischen Imperialisten an einem starken Italien nicht interessiert waren.

Der italienische Imperialismus sah sich vor diesem Hintergrund zunächst außerstande, mit der immer selbstbewußter auftretenden Arbeiterklasse fertig zu werden, die unüberhörbar ihre Forderungen erhob. Es kam zu mehreren Wellen von Fabrik - Besetzungen 1919 / 20, zur Aufstellung proletarischer Roter Garden zum Schutz der besetzten Fabriken, Bildung von Arbeiterräten in den Betrieben, vorübergehende Übernahme von Betrieben durch die Arbeiter. In den ländlichen Gebieten holten sich arme Bauern und Tagelöhner in Massen - Aktionen das ihnen von den Großgrundbesitzern vorenthaltene Land.

Allerdings besaßen das italienische Proletariat und seine Verbündeten damals keine revolutionäre Partei, und die reformistische „Sozialistische" Partei Italiens war zum Kampf um die Macht im Staat ebensowenig bereit wie einige Monate später zum Kampf gegen den Faschismus. Erst im Herbst 1921 wurde in Livorno die Kommunistische Partei Italiens gegründet.

Hatte der Krieg die italienische Bourgeoisie insgesamt erheblich geschwächt, so waren doch einzelne Kapitalisten und Kapitalgruppen gestärkt worden: die im Imperialismus gesetzmäßige Konzentration des Kapitals war durch den Krieg stürmisch vorangetrieben worden; große Kapitalgruppen und Monopole wie ILVA, ANSALDO, FIAT entwickelten sich. Einigen Großkapitalisten konnte es gelingen, sich die Aktienmehrheit in den größten italienischen Banken zu sichern. Immer lauter verlangten die Imperialisten nach einer staatlichen „Intervention" gegen die Arbeiterbewegung und gegen die tiefe und umfassende wirtschaftliche Krise.

In dieser Situation setzte das Großkapital mehr und mehr auf die Faschisten. Um die faschistische Bewegung bildete sich das Bündnis aller gegen die Arbeiterklasse auftretenden Klassen (Kapitalisten, Großgrundbesitzer und reiche Bauern, Kleinbürgertum).

Die „Fasci italiani di combattimento" (Kampfbünde) waren im März 1919 unter Führung Mussolinis gegründet worden und hatten sich schnell über ganz Italien ausgebreitet.

Die „Fasci" waren zunächst ein Bund ehemaliger Offiziere und anderer kleinbürgerlicher Kriegsteilnehmer, die der Krieg deklassiert und entwurzelt hatte. Die „Fasci" wurden im weiteren zur Sammelbewegung des vom Ruin bedrohten Kleinbürgertums. Die in den „Fasci" organisierten Kleinbürger verstanden sich teilweise ehrlich als „revolutionär" und „antikapitalistisch", wollten aber nicht begreifen, daß diese Ziele nicht gegen, sondern nur mit der Arbeiterklasse, den Kleinbauern und den Tagelöhnern gemeinsam gegen die Kapitalistenklasse durchzusetzen gewesen wären.

Die klassenverräterische Politik der Sozialistischen Partei ermöglichte es den Faschisten sogar, innerhalb der Arbeiterklasse zeitweise Gehör zu finden und selbst zu Initiatoren mehrerer Fabrikbesetzungen zu werden.

Die Faschisten hatten schon einen Monat nach ihrer Gründung, im April 1919, mit einem Überfall auf das Verlagsgebäude der reformistischen Zeitung „AVANTI!" ihre Bereitschaft zum offenen Terror gegen die Arbeiterbewegung gezeigt. Aber erst im Winter 1920 / 21, als die Welle der Fabrikbesetzungen abflaute und sich starke Tendenzen zur Resignation im Proletariat zeigten, gingen die Faschisten zum offenen Kampf gegen die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten über. Das entsprach der Mentalität des Kleinbürgers, sich stets auf die Seite des Stärkeren zu schlagen.

Die Faschisten begannen im Winter 1920 / 21 ihre sogenannten „Strafexpeditionen" in der Po - Ebene. Dort zerschlugen sie systematisch die gewerkschaftlichen Organisationen der Tagelöhner und die lokalen Büros der Sozialistischen Partei, die starken Einfluß unter den Landarbeitern gehabt hatte. Es entwickelte sich

der faschistische „Squadrismo" (squadre = Stoßtrupp). Da die Faschisten nunmehr reichlich Finanzmittel von Großgrundbesitzern und Kapitalisten erhielten, konnten sie ständige Stoß - Trupps unterhalten, die zum Teil ein tägliches „Taschengeld" während ihrer Einsätze erhielten, falls sie sich einmal durch Plünderungen nicht selbst versorgen konnten. Diese „squadre" bestanden vorwiegend aus Studenten, Ex - Offizieren, Oberschülern, Großgrundbesitzer - Söhnen und glücklosen, verwirrten jungen Künstlern. Die Faschisten zerschlugen mit ihren „Strafexpeditionen" in kürzester Zeit die Sozialistische Partei: allein von Januar bis Mai 1921 zerstörten die Faschisten 120 Gewerkschaftshäuser; 240 ermordete Arbeiter und 1 150 Verletzte in dieser Zeit kommen auf ihr Konto.

Die „Strafexpeditionen" waren selbstverständlich nur möglich mit Duldung und oft genug auch direkter Unterstützung des Staatsapparates. Gelang es den angegriffenen Arbeitern wider Erwarten einmal, die Faschisten in die Flucht zu schlagen, so standen schon Polizei - Einheiten zum Eingreifen bereit.

Im Herbst 1921 bauten die Faschisten ihre squadre zu para - militärischen Einheiten um. Am 12. Mai 1922 besetzten über 60 000 bewaffnete Faschisten die norditalienische Stadt Ferrara, am 29. Mai wurde Bologna von 22 000 Faschisten überfallen. Am 29. Oktober 1922 schließlich übernahmen die Faschisten die Regierung.



Von den Faschisten ermordet: KPI - Führer Gramsci

Die Faschisten waren von den herrschenden Klassen planmäßig an die Macht gebracht worden: die „Strafexpeditionen" gegen die Arbeiter, Tagelöhner und Kleinbauern wurde von den herrschenden Klassen finanziert und vom Staatsapparat unterstützt.

Die Einstellung des italienischen Staatsapparats auf die Anforderungen während des Krieges (Militarisierung der Bürokratie, Zentralisierung u. a.) war von den herrschenden Klassen niemals aufgehoben worden; der militarisierte Staatsapparat wuchs in den faschistischen hinüber.

Anders als später in Deutschland bedeutete der Faschismus an der Regierung zunächst kein grundsätzlich neues Verhalten des Staatsapparates gegenüber der Arbeiterbewegung. Die Unterdrückung der Arbeiterbewegung erfolgte weniger durch Verbote und Massenverhaftungen, als vielmehr durch Fortsetzung der „Strafexpeditionen". Die alten Gewerkschaften blieben bestehen, wurden aber in ihrer Tätigkeit mehr und mehr eingeengt. Gleichzeitig wurden die Arbeiter durch wirtschaftlichen und politischen Druck allmählich in die faschistischen Gewerkschaften hineingezwungen. Erst Anfang 1925 wurden alle nicht - faschistischen Organisationen verboten.

DEUTSCHLAND

Der 1914 zur Neuaufteilung der Welt vom Zaun gebrochene Krieg endete mit einer Niederlage des deutschen Imperialismus. Er verlor alle Kolonien und außerdem 30 % seiner Kohle - Basis, 60 % seiner Zinkerz - Vorkommen und 70 % seiner Eisenerz - Vorkommen. Fast die gesamte Handelsmarine, eine große Zahl von Eisenbahnwagen, Maschinen, Vieh u. a. mußten den Siegern übergeben werden. Außerdem wurden Deutschland Zahlungen in unbestimmter Höhe auferlegt. Sämtliche Kapitalanlagen des deutschen Imperialismus im Ausland wurden beschlagnahmt.

Im Inneren stand die Kapitalistenklasse unter dem Druck der Arbeiter und anderen Werktätigen, die in mehreren revolutionären Wellen von 1918 bis 1923 die Machtfrage stellten. Die Aufstände des Proletariats konnten nur dadurch niedergeschlagen werden, daß die SPD - Regierung reaktionäre monarchistische Verbände bewaffnete. Diese konterrevolutionären Truppen („Freikorps") wurden in Deutschland zum Vortrupp des Faschismus. Gestützt auf diese Bewegung unternahm Hitler im Herbst 1923 nach dem Vorbild Mussolinis einen „Marsch auf Berlin", der aber bereits in München endete. In einer Situation trügerischen wirtschaftlichen Aufschwungs (1924 – 28) und eines vorübergehenden Abflauens der Klassenkämpfe war die Stunde des Faschismus in Deutschland noch nicht gekommen.

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise traf das weitgehend von Auslandskrediten abhängige Deutschland umso schwerer. Deutschland war das von der Krise am schwersten betroffene Land. Der Rückgang der industriellen Produktion gegenüber 1929 betrug: 1930 = 14 %, 1931 = 32 %, 1932 = 47 %. Das heißt, daß 1932 nur noch etwa halb soviel produziert wurde wie 1929.

Die Kapitalisten versuchten stets, ihre Krise auf die Werktätigen abzuwälzen. So war es auch nach 1929. Die Regierung Brüning (ab März 1930) erhöhte im Juli 1930 die Steuern und führte neue ein. Die Steuer - Erträge wurden von 19,9 % des Volkseinkommens (1929) erhöht auf 24,2 % (1932). Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wurden erhöht. Die Löhne wurden zwangsweise gesenkt, so daß sie Ende 1932 bereits um 21 % unter denen von Ende 1930 lagen. Die Leistungen der Arbeitslosen - und Krankenversicherung wurden abgebaut.

Langfristig erwies sich aber die Brüning - Regierung als unfähig, die Geschäfte der Kapitalisten zu deren Zufriedenheit zu führen: sie fand keinen Weg aus der Wirtschaftskrise, sie wurde mit der Arbeiterbewegung nicht fertig und sie kam außenpolitisch nicht schnell genug voran. So wurde Ende Mai 1932 die Regierung Brüning gestürzt. Die Regierung Papen wurde gebildet, ein weiterer Schritt auf dem Wege der Faschisierung.

Die erste Maßnahme der Papen - Regierung war ein weiterer Abbau der Arbeitslosenversicherung, Abbau der Wohlfahrtsunterstützung um 15 %, Kürzung der Renten um 15 – 20 %.

Auf Papen folgte im Dezember 1932 die Regierung Schleicher; am 30. Januar wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt.

Die Nazi - Regierung betrieb die Unterdrückung der Arbeiterbewegung mit bisher unbekannter Brutalität. Verboten wurde zuerst die KPD, dann die Gewerkschaften, schließlich sogar die SPD und andere bürgerliche Parteien. Tausende sozialdemokratischer, kommunistischer und anderer klassenbewußter Arbeiter wurden eingesperrt, hunderte von ihnen ermordet. In den Betrieben wurden die gewählten Arbeitervertretungen aufgelöst. Die Rechte, die sich die Arbeiterklasse Deutschlands in Jahrzehnten erkämpft hatte – Redefreiheit, Versammlungs - und Demonstrationsfreiheit, politische und gewerkschaftliche Betätigung, Freiheit der Arbeiterpresse – wurden innerhalb weniger Monate aufgehoben.



Von den Faschisten ermordet: KPD - Führer Thälmann

Die Nazi - Partei war von der Kapitalistenklasse planmäßig an die Regierung gebracht worden.

Schon Hitlers mißglückter Putsch 1923 in München war u. a. von Großkapitalisten wie Stinnes finanziert worden. Auch der Thyssen - Konzern gehörte schon frühzeitig zu den Geldgebern Hitlers.

Aber 1923 war die Situation innen - und außenpolitisch noch nicht günstig für die Herrschaft des Faschismus. Hitlers Putschversuch fand daher noch nicht die Unterstützung der gesamten Bourgeoisie und scheiterte daher.

Mit der Krise von 1929 begann die Kapitalistenklasse, sich auf den Übergang zur offenen Diktatur vorzubereiten – die der NSDAP zufließenden Gelder wuchsen rasch.

Ende 1931 wurde sichtbar, daß die Regierung Brüning den Kapitalisten nicht mehr genügte. In seiner von Thyssen vermittelten Rede vor dem Düsseldorfer „Industrie - Club" (27. Januar 1932) hatte Hitler erstmals Gelegenheit, vor einem großen Kreis von Vertretern fast aller Kapitalgruppen seine Vorstellungen darzulegen.

Anfang 1932 entstand auch der sogenannte „Himmler - Freundeskreis", der seit Mai 1932 zu regelmäßigen Besprechungen mit Hitler zusammentraf, und dem Vertreter fast aller Wirtschaftszweige angehörten.

Die Massenbasis der Faschisten war das vom Ruin bedrohte Kleinbürgertum, die arbeitslose und deklassierte Intelligenz, Bauernschaft, Angestellte und Beamten. Diese Massenbasis stellte in gewissem Sinn ein „revolutionäres" Moment innerhalb der Bewegung dar: wie z. B. der Kampf des Kleinhandels gegen die Kaufhäuser (verbunden mit dem Motiv des Antisemitismus, da viele Kaufhäuser im Besitz jüdischer Kapitalisten waren), der Kampf der Bauern gegen das Wucher - System der Banken u. a. m. Nach der Machtergreifung des Faschismus wurde dieses „revolutionäre" Moment zerschlagen durch Beitrittssperre und Massenausschlüsse in den faschistischen Massenorganisationen wie „Deutsche Arbeitsfront", SA usw., durch das Verbot selbständiger Kampagnen (z. B. für die Liquidierung der Kaufhäuser im Herbst 1933) und schließlich durch die Hinrichtung der SA - Führung, durch „Säuberung" und Entmachtung der SA im Sommer 1934.

Sind die Arbeiter schuld am Faschismus?

Eine recht eigenwillige Interpretation des Faschismus findet sich in der Heidelberger Studentenzeitung „Neues Rotes Forum", Nr. 6 / 71. Auf diese Interpretation soll hier etwas näher eingegangen werden.

Das NRF schreibt: „Der Faschismus ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, die durch die Verschärfung der inneren Widersprüche nicht mehr in der Lage ist, mit den alten Mitteln der parlamentarischen Demokratie zu herrschen".

Also muß man wohl annehmen, daß die Kapitalisten aus irgendeiner Vorliebe heraus, solange es irgend geht, an der parlamentarischen Demokratie festhalten und sie erst zugunsten des Faschismus aufgeben, wenn sie nicht mehr anders können. Folgerichtig spricht das NRF davon, daß die Bourgeoisie „gezwungen" sei, „zu terroristischen Methoden zu greifen".

„Gezwungen" wird man zu etwas, was man eigentlich nicht möchte. Mögen die Kapitalisten den Faschismus nicht? Diese Annahme stünde in fatalem Widerspruch zu der auch vom NRF anerkannten Tatsache, daß Imperialismus eben grundsätzlich verstärkte Tendenz zur Reaktion bedeutet.

Daß die Bourgeoisie in bestimmten Situationen die Unterdrückung verschärft und gar zur faschistischen Herrschaftsform greift, kann nicht damit erklärt werden, daß sie dazu „gezwungen" ist. Vielmehr ist es so, daß die Bourgeoisie unter Umständen den Faschismus einfach für wirksamer und geeigneter hält, als die parlamentarisch - demokratische Form des Regierens. Unter Umständen wohlgemerkt, und keineswegs immer. Welche Form des Regierens die Bourgeoisie bevorzugt, hängt von der Gesamtsituation ab.

Warum ist es wichtig, diese Klarstellung gegenüber der These des NRF zu machen? Weil die Darstellung des NRF den Faschismus als etwas erscheinen läßt, was die Kapitalisten ohne und gegen eigenen Willen, „gezwungen" tun. Weil in letzter Konsequenz die Bourgeoisie als bewußt handelnde Klasse geleugnet wird. Diese Konsequenz hat mit äußerster Deutlichkeit zwar nicht das NRF, wohl aber deren Nachbeter, die Hamburger Studentenzeitung „Rote Presse", gezogen. Die Bourgeoisie bereitet den Faschismus nicht etwa planmäßig und systematisch vor – behauptet die „Rote Presse" –, sondern sie gerät ohne eigenen Willen durch den Gang der Ereignisse in eine Situation hinein, wo ihr gar keine andere Wahl mehr bleibt, als der Faschismus. Man fühlt sich peinlich erinnert an die Behauptung bürgerlicher Historiker, wonach der deutsche Imperialismus seine beiden Weltkriege auch nicht bewußt herbeigeführt hat, sondern in sie „hineingeschliddert" sei.

Zurück zum NRF! Die Kapitalisten werden also angeblich zum Faschismus „gezwungen", statt ihn bewußt herbeizuführen. Wer zwingt sie? – Die „Drohung der proletarischen Revolution", meint das NRF. Diese Behauptung hält jedoch den historischen Tatsachen nicht stand. Weder in Italien 1922, noch in Deutschland 1933, bestand aktuell die „Drohung der proletarischen Revolution" für die Bourgeoisie. In Italien lag die revolutionäre Welle der Fabrikbesetzungen (1919 / 20) bereits zurück, in Deutschland konnte 1932 / 33 von einer „drohenden" revolutionären Welle noch keine Rede sein. Die Kapitalisten handelten also vorbeugend, und keineswegs unter einer akuten Drohung.

Wodurch wird nach Meinung des NRF der Faschismus überhaupt erst möglich ... ? Durch das Bestehen einer kleinbürgerlichen Massenbewegung. Das NRF schreibt: „Um eine Begrenzung faschistischer Systeme von sonstigen autoritär - reaktionären Diktatoren vornehmen zu können, muß das Vorhandensein einer faschistischen Massenbewegung zur Voraussetzung dafür gemacht werden, daß vom Faschismus gesprochen werden kann ... "

Und woher kommt die faschistische Massenbewegung ... ? Von der Kapitalistenklasse? Nach Meinung des NRF anscheinend nicht, denn die Kapitalisten tun ja nichts, um den Faschismus planmäßig vorzubereiten.

„Der Prozeß, in dem der Faschismus erst zur Massenbewegung wird und Massenwirkung erreicht, verläuft ... unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie ... " (NRF)

Die Bourgeoisie kann also nichts dafür, wenn eine faschistische Massenbewegung entsteht? Wer aber dann? Das NRF antwortet: „Das Versagen der Arbeiterklasse, die gesellschaftlichen Ursachen für die Existenzzerrüttung und Lumpenproletarisierung breitester Teile des Volkes infolge der Krise zu beseitigen.

Forts. nächste Seite

Fortsetzung von S. 7 [Kampf dem Faschismus]

liefert dem Faschismus die Massenbasis ... Die entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung ist die verfehlte Bündnispolitik der Organisationen der Arbeiterklasse ... "



Italien 1944: Antifaschistische Partisanen auf dem Marsch

Die „versagende" Arbeiterklasse also ist es – nach Meinung der studentischen „Theoretiker" – die einerseits durch ihre Unfähigkeit zur Revolution dem Faschismus die Massenbasis „liefert", und die andererseits mit der „Drohung der proletarischen Revolution" die armen Kapitalisten ganz gegen ihre freundlichen parlamentarisch-demokratischen Absichten zum Faschismus „zwingt". Und all das „unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie", die die parlamentarisch-demokratische Regierungsform nur deswegen aufgibt, weil sie zu ihrer Aufrechterhaltung „nicht mehr in der Lage" ist!

Das NRF gibt nicht konkret an, welche Bündnispolitik die Organisationen der Arbeiterklasse gegenüber den Kleinbürgern, Bauern, Angestellten usw. gemacht haben. Es gibt nicht an, welche Fehler konkret gemacht wurden, was anders hätte gemacht werden können, welche Lehren die westdeutschen Arbeiter heute aus den damaligen Fehlern zu ziehen haben.

Jedoch gibt das NRF einige seltsame Ansichten über das Kleinbürgertum zum besten. Danach wäre das Bewußtsein des Kleinbürgers „potentiell revolutionär". Erst das „Scheitern der proletarischen Revolution", die Niederlage der Arbeiterklasse, „läßt das Kleinbürgertum von der proletarischen revolutionären Bewegung abfallen und eigene politische Lösungen angehen". Das „potentiell revolutionäre Bewußtsein" des Kleinbürgers schlägt dann um in Haß gegen das Proletariat.

Diese Darstellung verallgemeinert unzulässig die besondere Entwicklung in Italien, wo tatsächlich erst nach dem Scheitern der revolutionären Welle 1919/20 die Faschisten zum Terror gegen die Arbeiterbewegung übergingen, während sie vorher zeitweise die Arbeiterbewegung (Fabrikbesetzungen!) zumindest verbal unterstützt hatten.

In Deutschland war es dagegen so, daß das Kleinbürgertum (vor allem Studenten und andere Intellektuelle!) nach der November-Revolution 1918 und den folgenden Kämpfen s o f o r t massenhaft in die konterrevolutionären „Freikorps" drängten, um Blutbäder unter der Arbeiterklasse anzurichten. Damit waren die Fronten zwischen Proletariat und Kleinbürgertum von Anfang an klar.

In jedem Fall ist es falsch, die Kleinbürger als „potentiell revolutionär" darzustellen, die nur durch das „Versagen" und 'die „verfehlte Bündnispolitik" der Arbeiterklasse auf die schiefe Bahn des Faschismus gebracht werden.

Der arbeiterfeindliche Charakter dieser These wird dadurch verstärkt, daß andererseits die Rolle der Bourgeoisie bei der Entstehung der faschistischen Massenbewegung geleugnet wird.

In der kapitalistischen Gesellschaft, wo die Bourgeoisie gerade das Kleinbürgertum systematisch politisch-ideologisch indoktriniert und beeinflußt, kann es keine kleinbürgerliche Massenbewegung „unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie" geben.

Die Bourgeoisie betrieb den Aufbau der faschistischen Massenbewegungen auch mit materieller Unterstützung. In Italien wurde Mussolini schon während des Krieges für seine „radikale" Kriegspropaganda (Mussolini war aus der Sozialistischen Partei ausgeschieden, weil diese gegen den Kriegseintritt Italiens war!) von der italienischen Bourgeoisie finanziert. Als die Faschisten Ende 1920 zu den berüchtigten „Strafexpeditionen" in großem Maßstab übergingen, standen ihnen sogleich die Gelder der herrschenden Klassen und die Unterstützung des Staatsapparats zur Verfügung. In Deutschland wurden die „Freikorps" von der Bourgeoisie und ihrer Regierung aufgerüstet. Die „Freikorps" ihrerseits bildeten den Kern der späteren NSDAP. Wenn die massenhafte Unterstützung für die Nazis auch erst nach 1930 einsetzte, so erhielt die NSDAP doch während der gesamten 20er Jahre namhafte Beträge aus der Bourgeoisie.

Das NRF macht außerdem den schweren Fehler, bestimmte antikapitalistische Tendenzen des Kleinbürgertums usw. mit einem „potentiell revolutionären Bewußtsein" zu verwechseln. In Wahrheit trifft für diese Tendenzen im wesentlichen zu, was Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest" schrieben:

„Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ... Die Mittelstände, der kleine Industrielle, der kleine Kaufmann, der Handwerker, die Bauern, sie alle bekämpfen die Bourgeoisie, um ihre Existenz als Mittelstände vor dem Untergang zu sichern. Sie sind also nicht revolutionär, sondern konservativ. Noch mehr, sie sind reaktionär, denn sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen ... "

Das wird in den konkreten „antikapitalistischen" Aktionen des Kleinbürgertums, wie etwa dem Kampf gegen die Kaufhäuser, gegen die Tendenz zur Konzentration der Produktion und den arbeiterfeindlichen ständischen Kämpfen von Angestellten, Beamten und Akademikern sehr deutlich. Diese Art „potentiell revolutionäres Bewußtsein" ließ sich allerdings leicht für den Faschismus „umfunktionieren".

Die falschen Thesen des NRF zum Faschismus gruppieren sich zu einem zusammenhängenden antikommunistischen System, dessen zentrale Aussagen die folgenden sind:

- Die Bourgeoisie greift nur dann zum Faschismus, wenn sie dazu gezwungen wird, während sie sonst lieber parlamentarisch-demokratisch regiert.
- Das Entstehen einer faschistischen Massenbewegung erfolgt unabhängig vom Willen der Bourgeoisie und ist das Ergebnis der politischen Fehler der Arbeiterklasse.
- Das Kleinbürgertum ist potentiell revolutionär und wird erst durch das Versagen der Arbeiterklasse dem Faschismus in die Arme getrieben.

IN DEN NÄCHSTEN AUSGABEN DES ARBEITERKAMPFs FOLGEN WEITERE ARTIKEL ZUR FASCHISMUSFRAGE !

Wohnungsprobleme in Westdeutschland (II.)

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir über die Hausbesetzung im Hamburger Karolinenviertel, die demagogische Politik der CDU / CSU mit der Wohnungsnot der Menschen heute und die tatsächlichen Ursachen dieser Wohnungsnot, für die die CDU / CSU in den ersten 20 Nachkriegsjahren die Grundlagen gelegt hat.

In dieser Ausgabe folgt:

- Die angekündigte Untersuchung der Wohnungspolitik der SPD allgemein und des Programms des „sozialen" Wohnungsbaus Lauritzens
- Die Perspektiven für Hamburger Mieter: Wohnungsnot nimmt zu
- Illegale und „völlig legale" Geschäfte mit der Wohnungsnot
- Eine Berichtigung falscher Angaben im letzten AK zur Wohnungssituation im Hamburger Karolinenviertel

Das wohnungspolitische Programm der SPD

Die Gesetze zur „Neuordnung" des Boden- und Wohnungsrechts, die der ehemalige CDU-Wohnungsbauminister und spätere Notstandsminister Lücke in den 60iger Jahren ausgearbeitet hatte, hoben Bodenpreisbindung, Mietstop und Mieterschutz in Westdeutschland auf.

Durch die Freigabe der Bodenspekulation erzielten die Grundeigentümer zwischen 1960 und 1969 Spekulationsgewinne in Höhe von rund 70 Milliarden DM.

Die Eingliederung der Wohnungswirtschaft in die „Freie Marktwirtschaft" mußten die Lohnabhängigen mit Mieterhöhungen bezahlen, die alles bisher dagewesene in den Schatten stellten. (Wir berichteten darüber im letzten ARBEITERKAMPF).

Zu den unerfüllten Erwartungen, die viele Arbeiter beim Eintritt sozialdemokratischer Führer in die Regierung hegten, gehörte nicht zuletzt auch diejenige nach einer sozialeren Miet- und Wohnungspolitik.

Doch auch während der Amtsperiode des sozialdemokratischen Wohnungsbauministers Lauritzen wird die grundbesitzerfreundliche Miet- und Wohnungspolitik forciert fortgesetzt. Im folgenden soll das wohnungspolitische Programm der SPD untersucht werden.

Vor der letzten Bundestagswahl trat die SPD mit umfangreichen Versprechungen zur Wohnungsfrage auf. Die von der CDU / CSU geschaffene Eingliederung des Wohnungswesens in die kapitalistische Marktwirtschaft wurde wortradikal „bekämpft". Der frühere SPD-Wohnungsexperte Werner Jacobi bekämpfte verbal z. B. die „Rücksichtnahme auf den Sacro egoismo (geheiligten Egoismus) der Bodeninteressenten". Der damalige SPD-Oberbürgermeister von Hannover forderte die Aufhebung des privaten Eigentums an Grund und Boden, da „die Tragik unseres Aufbaus nach 1945 im Eigentumsfimmel der CDU / CSU liegt". (Zitate nach SPIEGEL 35, 1969). Auf einem Wohnungs- und Städtebaukongreß der SPD kurz vor der Wahl 69 hieß es in der Schlußresolution: „Unsere Bodenverfassung muß so umgestaltet werden, daß die Bodenspekulation verhindert wird ... " Willy Brandt machte sich vor diesem Kongreß zum Fürsprecher der Mieter und „geißelte" die Wuchergeschäfte: „Wir werden dafür sorgen, daß alle wissen, wo die Stühle in der Stube stehen." (SPIEGEL 35, 69). Dies waren die Sprüche der SPD-Führer vor der Wahl 1969. Ein Jahr später ist hiervon keine Rede mehr:

Im programmatischen Städtebaubericht 1970 der SPD-Regierung hieß es dann:

„Um das auftretende Mißverhältnis zwischen der gesellschaftspolitischen und der wirtschaftlichen Bedeutung des Gutes ‚Boden' auszugleichen, bedarf es keineswegs einer Änderung der gegenwärtigen Eigentumsordnung."

Damit verzichtete die SPD bewußt auf die Anwendung der bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten, das private Bodenmonopol zu brechen. (Nach Art. 15 des Grundgesetzes ist eine Sozialisierung von Grund und Boden durchaus möglich, was eine spürbare Senkung der Wohnungsmieten zur Folge gehabt hätte).

Die SPD bejaht das private Großgrundeigentum, sie will es weder beseitigen noch antasten. Daß es ihr um keine radikale Neuordnung des Boden- und Wohnrechts geht, wird an dem neuen Stätebauförderungsgesetz besonders deutlich.

Das Städtebauförderungsgesetz der SPD

Dieses Gesetz ist zunächst einmal alles, was aus der groß angekündigten Reform des Grund- und Bodenrechts geworden ist. Es sichert den Gemeinden ein verbessertes Grunderwerbsrecht, um Sanierungsmaßnahmen nach einheitlichem Plan durchführen zu können.

Insgesamt erfaßt dieses Gesetz aber nur die Sanierungsgebiete, also einen verschwindend geringen Bruchteil des Grund und Bodens. Die Spekulation im allgemeinen bleibt also völlig unberührt.

Grundeigentümer in Sanierungsgebieten erhalten im Falle einer Enteignung eine Entschädigung, die von den vor der Sanierung herrschenden spekulativen Bodenpreisen ausgeht.

„Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes haben Grundstücksspekulanten in Sanierungsgebieten keine Chance mehr", verkündete der SPD-Wortführer im Städtebauausschuß des Bundestages, Karl Ahrens. (SPIEGEL 23, 1971). Das stimmt.

Allerdings währt die Verhinderung der Spekulation nicht lange: Nach Abschluß der Sanierung hat nach dem Gesetz die Gemeinde die Pflicht, den sanierten Grund und Boden wieder zu reprivatisieren.

Damit steht dem weiteren spekulativen Anstieg der Bodenpreise nach Abschluß der Sanierung nichts mehr im Wege. Ausdrücklich wird so auch den Hausbesitzern nach § 28.1 des Gesetzes das Recht eingeräumt, die Mieten „um einen angemessenen Betrag" dann zu erhöhen.

Von möglichen Enteignungen werden sowieso nur kleine Haus- und Grundbesitzer betroffen. Denn den Grundeigentümern droht dann keine Enteignung, wenn sie zur „zügigen" und „zweckmäßigen" Sanierung selbst in der Lage sind. Das sind vor allem die kapitalkräftigen Großgrundbesitzer. Außerdem wird die Bestimmung, daß eine Reprivatisierung an „Bauwillige" – d. h. Zahlungskräftige – zu erfolgen hat, das Monopol des privaten Großgrundbesitzes verstärken.

Ganz im Sinne dieses Gesetzes erklärte denn auch Lauritzen vor dem Bundestag, als die CDU von einem „gefährlichen Schritt zur Vergesellschaftung und Kommunalisierung des Grund und Bodens" sprach: „Bei der Anwendung des Gesetzes sind – und nun komme ich auf den entscheidenden Punkt – **die Belange der Eigentümer so weitgehend wie nur irgend möglich, zu berücksichtigen.** Während der Beratung des Entwurfs im Bundesrat wurde ja auch festgestellt, dieser Gesetzentwurf sei der **eigentümerfreundlichste**, der bisher von einer Bundesregierung vorgelegt worden sei. Dies ist ein Ziel, das die Bundesregierung bewußt anstrebt."

Dieses Gesetz wurde von der SPD als erster Schritt einer grundsätzlichen Neuordnung von Grund und Boden [illegible]ert. Es

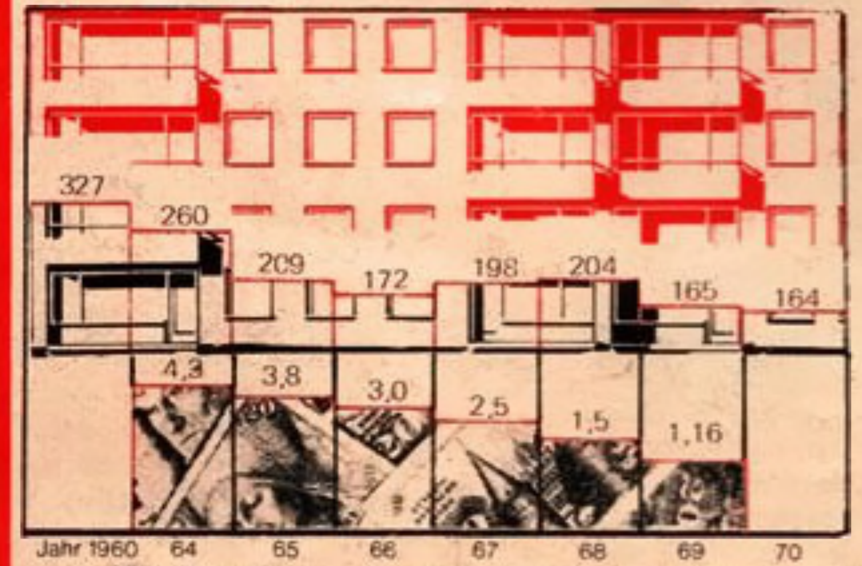
Forts. nächste Seite

Sozialer Wohnungsbau:

Der Tropfen auf den heißen Stein wird immer dünner!

Seit 1953 ist der Anteil des Sozialen Wohnungsbaus von 70 % aller neuerbauten Wohnungen bis 1969 auf 26 % gefallen. Dementsprechend nahm der Anteil der wesentlich teureren freifinanzierten Wohnungen auf über 70 % zu. Begleitet wurde dies durch eine erhebliche Kürzung der öffentlichen Mittel, die allein im Zeitraum von 1964 bis 69 von ca. 4,3 Mrd. auf nur 1,2 Mrd. fielen. Und das, obwohl im gleichen Zeitraum die Baupreise erheblich angestiegen sind. Billige Sozialwohnungen sind daher kaum zu kriegen, mindestens aber muß mit endlos langen Wartezeiten gerechnet werden.

Rückgang des sozialen Wohnungsbaus (in Tausend)



Jahr 1960 64 65 66 67 68 69 70

Bewilligte Bundes- und Landesmittel (in Mrd.) zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus

Lauritzen hat nun eine Steigerung des Sozialen Wohnungsbaus auf ca. 50 % aller Neubauten angekündigt, denn, so das Programm der SPD, die Marktwirtschaft lasse sich nur im Wohnungswesen vertreten, wenn „in ausreichendem Maße Sozialwohnungen gebaut werden, um regulierend auf das Mietpreisgefüge zu wirken und um finanziell tragbare Wohnungen für die wirtschaftlich schwachen Schichten der Bevölkerung zur Verfügung zu haben ... " (Perspektiven, Sozialdemokrat. Politik in den 70iger Jahren, S. 116)

Die 1970 auf 400 Mio. gesunkenen Mittel sollen auf ca. 1 Mrd. in den nächsten Jahren steigen.

Das hört sich gut an. Vor 15 Jahren, als eine Sozialwohnung ein Fünftel des heutigen Betrages kostete, konnten mit einer Mrd. an Bundesgeldern durchaus eine ganze Reihe Wohnungen verbilligt werden. Heute ist das unmöglich:



Anstieg der Baupreise im sozialen Wohnungsbau

Die Hälfte aller Wohnungen, d. h. 1972 250 000, sollen mit 1 Mrd. gefördert werden. Die gesamten Baukosten von 250 000 Wohnungen liegen aber bei über 20 Mrd. DM. Die Förderung wird also knapp 5 % der Kosten betragen. Letztendlich heißt das, daß die Mieten dieser „Sozialwohnungen" kaum noch unter denen frei finanzierter Wohnungen liegen können. Dementsprechend sind die „Sozialmieten" ja auch inzwischen laufend gestiegen, allein im Zeitraum von 1962 – 1970 um 70 %! Bei Neubauten haben sie ein so hohes Niveau erreicht, daß sie für Rentner und kinderreiche Arbeiterfamilien schon heute unerschwinglich sind. Schon 1970 waren mehr als 2 Drittel der Bezieher von Wohngeld Bewohner von öffentlich geförderten „Sozialwohnungen"!

Forts. von S. 9

Das wohnungspolitische Programm der SPD

verhindert somit in jedem Fall, daß notwendige – auch im Interesse der Kapitalisten liegende – Strukturmaßnahmen in irgendeiner Weise die Interessen der Eigentümer beschneiden. Im Gegenteil: diese Leute werden nach der Sanierung nur von den inzwischen aus öffentlichen Mitteln reingesteckten Geldern profitieren. Grundsätzlich hat sich nichts geändert, was die Eigentümer betrifft. Anders die Masse der Bevölkerung: Sie hat als Wohnungsmieter teilweise erhebliche Nachteile von diesem Gesetz. Wenn Hunderttausende beim Abbruch ganzer Stadtviertel ihre relativ billigen Altbauwohnungen räumen müssen, so sieht das Gesetz zwar gewisse Umzugs- und ähnliche Beihilfen vor. Letztendlich sind neue Wohnungen aber nur zu erheblich höheren Mieten zu haben, und die meist weit außerhalb der Zentren. Damit trifft das Städtebauförderungsgesetz besonders Rentner, Familien mit mehreren Kindern oder niedrigem Einkommen, eben diejenigen Teile der Bevölkerung, die durch niedriges Lohneinkommen gezwungen waren, in den billigeren Altwohnungen der Sanierungsgebiete zu wohnen.

Früher Opposition ....

Als Anfang der 60iger Jahre durch die Lücke-Gesetze der CDU/CSU die seit Kriegsende bestehende Mietpreisbindung abgeschafft wurde, machte die SPD ebenso wie beim Bodenrecht „in Opposition". Die Eingliederung des Wohnungswesens in die „Marktwirtschaft", erklärten die SPD-Führer, werde weder Anreiz zum verstärkten Wohnungsbau geben, noch in der Folge die Mieten senken. Genau das Gegenteil sei der Fall.

Das ist richtig. Der Wohnungsbau geht gerade seit 1964 zurück, obwohl es einen enormen Fehlbestand gibt. Das wird im Kapitalismus immer so sein, da Investitionen im Wohnungsbau nur dann vorgenommen werden, wenn die Mieterträge mit den Profiten industrieller Investitionen vergleichbar sind. Wegen der Höhe industrieller Profite kann im Kapitalismus im Wohnunswesen nur die zahlungskräftige Nachfrage befriedigt werden, ein Überangebot oder auch nur halbwegs befriedigendes Angebot billiger Wohnungen wird es nicht geben. Helmut Schlicht, der Direktor des westdeutschen Mieterbundes: „Dahin wird es in der Bundesrepublik niemals kommen. Wenn nämlich keine sichere Aussicht auf gute Rendite besteht, hören die Bauherren auf zu bauen. Tendenziell wird eher zu wenig als zu viel gebaut. **Wir werden wohnungswirtschaftlich immer am Rande eines Defizits entlang spazieren.**"

Andererseits führt das ständige Defizit dazu, daß Erpressung und Wucher beim Kauf der notwendigen Ware Wohnung nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind.

.... heute Zustimmung

Das alles konnte man vor 10 Jahren auch von der Oppositionspartei SPD hören.

Heute ist dagegen die SPD, so erklären ihre Führer mit Nachdruck, prinzipiell wie die CDU/CSU „für die Marktwirtschaft im Wohnungswesen," (Perspektiven, Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den 70iger Jahren, Hmb. 1969 S. 116).

Ausdrücklich lehnte so Schiller im August 1970 den vom DGB geforderten Mietpreisstop ab, da er angeblich kein geeignetes Mittel sei, „um den Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt Herr zu werden ... Dadurch würde der Bau von neuen Wohnungen und die Modernisierung von Altwohnungen beeinträchtigt, also der notwendigen Angebotsausweitung gerade entgegengewirkt."

Und das, obwohl Schiller natürlich genau weiß, daß die Freigabe der Mieten nicht zur Steigerung des Wohnungsbaus, sondern nur der Mieten geführt hat.

Mietwucher wird nicht verhindert

Die tatsächlichen wohnungspolitischen Maßnahmen der SPD-Regierung stehen dementsprechend völlig auf dem Boden der kapitalistischen Ausplünderung der Arbeiter durch die Haus- und Grundbesitzer. Darüber kann das größte Reformgeschwätz nicht hinwegtäuschen: Diese Maßnahmen sind:

1. Das Wohngeldgesetz

Das im November 70 verabschiedete 2. **Wohngeldgesetz**, das die Einkommensgrenzen für Wohngeldbezieher um 50 DM und den Wohnflächenmaßstab erhöht. Durch diese „Verbesserung" wurde jedoch kaum mehr als eine Angleichung an das gestiegene Preisniveau erreicht.

Für die Mieter ist durch die vom Gesetz als „tragbar" anerkannten Mietsätze, durch qm-Begrenzungen, Obergrenzen der Förderung usw. sowieso nicht allzu viel drin.

Auf der anderen Seite erlaubt dieses Gesetz durch die staatliche Subventionierung aus den von der Arbeiterklasse aufgebrachten Steuergeldern, den Hausbesitzern noch unverschämtere Forderungen. Insofern bezeichnen auch bürgerliche Ökonomen die Mietbeihilfen ganz richtig als staatliche Subventionierung der Haus- und Grundbesitzer.

Der Hamburger Professor Scherf: „Die vom Bund gewährten Mietbeihilfen für Einkommensschwache (Wohngeld) fördern die Preissteigerung noch, da sie die monetäre (geldliche) Gesamtnachfrage nach Wohnraum steigern und damit die **überhöhten Mieten subventionieren.** Die Beihilfen werden damit schließlich zu Subventionen für den Bodenspekulanten ..." (Zeit v. 22.5.70).

Insofern nimmt es auch nicht Wunder, daß die Kapitalisten selbst am nachdrücklichsten mehr Wohngeld „im Interesse ihrer Mieter" fordern. Dr. Sasse, der Syndikus des Hamburger Haus- und Grundbesitzer-Vereins: „Wohngeld ist eine gute Sache!" Und der Präsident des westdeutschen Haus- und Grundeigentümer-Zentral-Verbands, CDU-Mitglied Dr. Viktor Emanuel Preusker, forderte von der Bundesregierung die Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus überhaupt und statt dessen die verstärkte Zahlung von Wohngeld. (SPIEGEL 30/70).

2. Das neue Mietrecht

Das gegen Ende letzten Jahres verabschiedete **neue Mietrecht**. Es enthält verschärfte Vorschriften und höhere Strafen für Mietwucher, einen bis Ende 1974 befristeten besseren Kündigungsschutz für Mieter in Ballungsräumen und Schutzklauseln für Rentner und kinderreiche Familien.

Allerdings versteht die SPD unter Mietwucher nur die extremsten Fälle von Erpressung; der „normale" Mietanstieg (nach Feststellungen des ehemaligen Hmb. Bürgermeisters Nevermann in Ballungszentren seit 1962 150%!) bleibt unberührt, da als Maßstab für überhöhte Mietforderungen der „ortsübliche" Wucherpreis gilt. Das Gesetz sichert weiterhin dem Hausbesitzer ausdrücklich zu, Kostenerhöhungen und „angemessene" Mieterhöhungen auf die Mieter abzuwälzen. Dabei soll der „Marktspielraum so breit bleiben, daß auch weiterhin private Bauherren im Wohnungsbau zu investieren bereit sind." (WELT v. 21.6.71).

Eine grundlegende Verbesserung ist von diesem Gesetzentwurf nicht zu erwarten. Es ist sogar zu befürchten – und die CDU/CSU hat es in ihrer demagogischen Scheinkritik schon als Argument benutzt –, daß die Mieter von Altbauwohnungen einer neuen Welle von Mieterhöhungen ausgeliefert sind, da der Anspruch des Vermieters auf „angemessene Verwertung" seines Wohnungskapitals bekräftigt worden ist.

Chancengleichheit durch Überangebot?

Ende 1974 wird der verbesserte Kündigungsschutz des Mietrechts wieder entfallen. Dann sollen die „marktwirtschaftlichen Prinzipien" endgültig voll zur Geltung kommen. Dann wird es angeblich ein „Überangebot an Wohnungen" geben; das die „Chancengleichheit für Mieter und Hauseigentümer" herstellt. Lauritzen heute:

„Wir sehen als Reserve etwa 2 – 3% des derzeitigen Bestandes, also 500 000 Wohnungen, für notwendig an, um dem Mieter Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt einzuräumen."

Nun ja. Mit Versprechungen auf diesem Gebiet waren die Herrschenden noch nie kleinlich. Da kündigte schon Lücke vor 10 Jahren das unmittelbare Ende des Wohnungsdefizits an (im Hamb. Abendblatt vom 28. 11. 62).

Genauso verhält es sich mit Lauritzens Versprechungen. Wie ein Überangebot von 2 – 3% mehr Wohnraum in den nächsten Jahren unter den Bedingungen der kapitalistischen Profitwirtschaft geschaffen werden soll, wird wohl ein ewiges Geheimnis der SPD bleiben. Das entlarvt schon die nüchterne Betrachtung der offiziellen Zahlen. Nach Lauritzens eigener Statistik fehlen heute 800 000 Wohnungen insgesamt, 1 Mio. sind abbruchreif und weitere 3,5 Mio. hoffnungslos überaltert. Allein der Neubau dieser Wohnungen in den nächsten 10 Jahren erforderte eine jährliche Baurate von 530 000 Wohnungen, 30 000 mehr als Lauritzen überhaupt in den nächsten Jahren erhofft (500 000 pro Jahr). Hinzu kommt aber, und das ist das Entscheidende, ein jährlicher Neubedarf nach Lauritzens – eher zu geringen – eigenen Schätzungen von 300 000 Wohnungen durch Zunahme der Bevölkerung. Also müßten jährlich 830 000 und nicht 500 000 Wohnungen im Lauf der nächsten 10 Jahre gebaut werden, um allein das Defizit zu beheben. Von einem „Überangebot von 2 – 3%", also weiteren 500 000 Wohnungen, ganz zu schweigen.

An diesen Berechnungen wird deutlich, daß sich an der Wohnungsnot nicht das geringste ändern wird. Der rapide Anstieg der Mieten wird weitergehen: Nach einer Untersuchung des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Universität Münster werden die Mieten von 1969 an gerechnet bis 1975 um 53% steigen. Der Quadratmeter-Preis einer freifinanzierten, steuerbegünstigten Wohnung, wird dann durchschnittlich 8,36 DM betragen, eine 80 qm-Wohnung also rund 670 DM kosten! Für eine gleich große Wohnung in öffentlich geförderten Wohnhäusern müssen nach den gleichen Berechnungen dann im Bundesdurchschnitt 350,– DM gezahlt werden. Schlereth, der Geschäftsführer der DEBA, der größten privaten Wohnungsbaugesellschaft, sagte schon 1969 zur künftigen Entwicklung ganz ungeniert: „Der Mieter wird Belastungen zu erwarten haben, von denen er heute noch nicht träumt." (WELT v. 21. 10. 69).

Hamburger Wohnungsnot nimmt zu

Die offizielle Wohnungszählung von 1968 hat für Hamburg katastrophale Zahlen enthüllt. Mit einem Anteil von 6% Familien ohne eigene Wohnung lag Hamburg auch damals neben Düsseldorf (8,9%) und München (6,1%) an der unrühmlichen Spitze der größeren westdeutschen Großstädte.

Inzwischen ist absehbar, daß diese Wohnungsnot in den nächsten Jahren zunehmen wird.

Schon heute fehlen in Hamburg mindestens 60 000 Wohnungen (SPIEGEL 50/1970). Mehrere zehntausend Wohnungen sind abbruchreif oder hoffnungslos überaltert. Der jährliche Neubedarf durch Familienzuwachs liegt bei 9 – 10 000 Wohnungen.

Allein um den Fehlbestand in den nächsten 10 Jahren langfristig aufzuholen und die allernötigsten Sanierungen und den Neubedarf auszugleichen, müßten im Jahr mindesten 20 – 25 000 Wohnungen neu gebaut werden.

Tatsächlich sind die Zahlen im Hamburger Wohnungsbau stark rückläufig, zumal die Mittel für den sozialen Wohnungsbau stark gekürzt wurden.

Während 1968 noch 18 259 Wohnungen gebaut wurden, waren es 1970 nur noch 12 087. In der gleichen Zeit sank der soziale Wohnungsbau um über die Hälfte von 9 600 auf 4 318 Wohnungen. Selbst das gesamte langfristige Wohnungsbauprogramm des Senats bis 1985, dessen Realisierung noch längst nicht gesichert ist, sieht nur den jährlichen Neubau von 10 000 Wohnungen vor.

Der Fehlbestand wird also von Jahr zu Jahr anwachsen. Der noch zunehmenden Erpressung der Mieter durch die Haus- und Grundbesitzer sind Tür und Tor geöffnet, insbesondere wenn die – in Hamburg und München als einzigen westdeutschen Städten noch bestehende – Mietpreisbindung demnächst aufgehoben wird.

Berichtigung

Ein Leser aus dem Hamburger Karolinenviertel hat uns auf falsche Angaben im letzten ARBEITERKAMPF zur Wohnungssituation im Hamburger Karolinenviertel aufmerksam gemacht.

Im Zusammenhang des Artikels über eine Hausbesetzung dort durch eine Sympathisantengruppe des KB hatten wir geschrieben, daß

- **die Häuser verrottet seien, der Putz herunter fiele, die Mauern Risse hätten und keine Tapeten mehr hielten,**
- **Mieten von 3 – 400 DM gezahlt werden müßten und**
- **die Stadt insgesamt ihr gehörende Häuser verrotten ließe.**

Diese Aussagen sind – ohne die entsprechenden Einschränkungen – falsch, denn:

Insgesamt unterliegen die Mieten im Karolinenviertel der – für Hamburg noch geltenden – gesetzlichen Mietpreisbindung, so daß es gerade hier noch verhältnismäßig billige Wohnungen gibt. Das ist ja auch der Grund dafür, daß viele Hausbesitzer, darunter auch die Stadt, oft kein Interesse an der Erhaltung und gründlichen Renovierung der Häuser haben. Tatsächlich gibt es im Viertel aber noch recht viele gut erhaltene Häuser. Bei der Hausbesetzung ging es ja auch um ein gut erhaltenes Vorderhaus in der Glashüttenstraße, das die Stadt abreißen läßt.

Dem Leser aus dem Karolinenviertel vielen Dank für die Zuschrift, so daß es uns möglich war, die Angaben richtig zu stellen!

KONTAKTADRESSEN DES KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198", tgl. 9.30 – 18,30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: M. Göhler, 239 Flensburg, Postfach 459

FRANKFURT: D. Müller, 6232 Bad Soden, Postfach 1371, Tel. 0611/55 80 72, Di. 17.30 – 19 Uhr, Fr. 17 – 20 Uhr

HAMBURG: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 2 HH 13, Grindelhof 45, Tel. 45 38 01, tgl. 9 – 18.30 Uhr

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Ziegelhofstr. 37, Tel. 1 08 88, Mo. u. Mi. 17 – 18 Uhr.

Korruption am laufenden Band

Mit der Wohnungsnot der Menschen lassen sich gute Geschäfte machen.

Neben den Hausbesitzern gibt es das Heer der Makler, das mit der Vermittlung von Wohnraum schmarotzerisch Unsummen „verdient".

Ab und zu werden Fälle von Korruption „im kleinen" bekannt. So z.B. im Sommer letzten Jahres, im Hamburger Bezirksamt Mitte. Dort hatte angeblich ein Angestellter im Wohnungsamt, der für die Vermittlung von Sozialwohnungen zuständig ist, mehreren Hundert griechischen und türkischen Familien bis 3 000 DM für die Zuweisung einer Sozialwohnung abgenommen.

Die Grundstücksskandale „im großen" fußen da auf einer ganz anderen Grundlage. So schreibt das Kapitalistenblatt HANDELSBLATT am 13. 10. 69: „Eine Bodenspekulation, die auf eine Gewinnmaximierung" abzielt, ist regelmäßig nur dann möglich, wenn der Kapitalanleger über eine genaue Kenntnis der regionalen Teilmärkte verfügt und den Markt ständig beobachtet. **Hinzu kommt meist eine detaillierte Kenntnis interner Planungsvorhaben der Gemeinden, deren Kenntnis sich nicht selten am Rande der Legalität bewegt."**

Mit dieser „detaillierten Kenntnis interner Planungen", die sich die Kapitalisten über ihre vielfältigen Beziehungen zu Behörden und Parteien beschaffen – und in den bekannt gewordenen Baulandskandalen auch einiges haben kosten lassen – kaufen sie dann zukünftiges Bau- und Bauerwartungsland zu Spottpreisen auf. Nach kräftigem Anstieg der Preise wird dieses Land später dann zu Unsummen verschachert.

Völlig „legal" geht es dagegen zu, wenn sich Spitzenpolitiker selbst „bedienen".

So versicherte der hessische CDU-Landesvorsitzende und frühere Oberbürgermeister von Fulda, Alfred Dregger, daß beim Kauf seiner früheren Dienstvilla – die er nach einem Bericht des „STERN" für 210 000 DM von der Stadt Fulda gekauft hat, obwohl Makler den Wert der Villa auf mindestens 350 000 DM geschätzt hatten – hinterher die Aufsichtsbehörde alles geprüft und für „in Ordnung" befunden habe.

Und als 1967 der frühere Bundestagspräsident Gerstenmaier ein 8 Jahre zuvor für 50 000 DM von der Stadt Stuttgart für mehr als das Sechsfache – 304 000 DM – der Stadt zum Rückkauf bot, war genauso „alles in Ordnung". (Als der Skandal öffentlich bekannt wurde und großen Protest hervorrief, erhielt er „nur 98 000 DM, immerhin fast das Doppelte!)



Dreggers Haus in Fulda: Blick zur Rhön

Die Echternach-Affaire

Der letzte Skandal wurde Anfang Februar in Hamburg bekannt: Jürgen Echternach, Bundesvorsitzender der Jungen Union und Hamburger CDU-Oppositionschef, und Emil Stöppler, ein Hamburger SPD-Funktionär, bekamen als Vorstandsmitglieder der öffentlichen Wohnungsbaukasse von „ihrer" eigenen Kasse ein „Arbeitnehmer-Darlehen" über 100 000 DM mit einer Verzinsung von nur 5 % und der extrem langen Laufzeit von 20 Jahren.

Gegenüber normalen Bankzinsen bedeutet dies einen Zinsvorteil von 45 000 DM insgesamt, die sich Echternach und Stöppler auf diese Weise zuschachern wollten.

Während die Wohnungsbaukasse, als „Organ der staatlichen Wohnungsbaupolitik" Steuergelder zum Bau billigerer Sozialwohnungen für Einkommensschwache vergibt, wollte Echternach (Jahreseinkommen einschließlich verschiedener Aufsichtsratsvergütungen über 100 000 DM) mit dem billigen Kredit der Kasse seine im Hochhaus an der Palmaille (mit Elbblick) für 250 000 DM gekaufte Wohnung bezahlen.

Als beim parlamentarischen „Nachspiel" in der Bürgerschaft SPD-Abgeordnete Auskunft über das Darlehen aus öffentlichen Mitteln forderten, verteidigten die SPD-Führer ausdrücklich das „Geschäft". Bausenator Caesar Meister, der als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kasse den Krediten zugestimmt hatte: So etwas ist durchaus üblich. Die Führungen aller 3 Parteien waren sich einig, die Sache so schnell wie möglich hinter sich zu bringen und herunterzuspielen. So bedauerte SPD-Vorsitzender Oswald Paulig, selbst früher Direktor der Wohnungsbaukasse, „daß es zu dieser (von einigen SPD-Abgeordneten verlangten) Debatte gekommen sei ..."

Im Bericht der WELT vom 10. 2. heißt es weiter: „Paulig wandte sich bei seinem überraschenden Schlußwort versöhnlich an die CDU: Ich bitte Sie herzlich, mir zu glauben, daß hier eine bedauerliche Indiskretion (!) vorliegt."

Eine Krähe hackt der andern bekanntlich nicht die Augen aus. Für Echternach kam die Hilfe allerdings vorerst zu spät: Da die Geschichte nun öffentlich bekannt geworden war, verzichtete er jetzt auf das beantragte und genehmigte Darlehen lieber, um sich bei der nächsten Wahl weiterhin als „Mann mit weißer Weste" präsentieren zu können.



Echternachs Komfort-Wohnung: Blick zur Elbe

NATO greift nach Zypern

Am 13. 2. stellte die faschistische griechische Regierung, die 1967 durch einen von der NATO unterstützten Putsch an die Macht kam, an die Regierung des unabhängigen Zypern ein Ultimatum: Sie forderten den Präsidenten Makarios auf, zurückzutreten und der Bildung einer „Regierung der nationalen Einheit" unter Ausschluß der Kommunisten zuzustimmen. (Unter „nationaler Einheit" verstehen die griechischen Faschisten die Einverleibung Zyperns.) Zynisch wies ein Sprecher der Athener Regierung darauf hin, daß dies nur „Empfehlungen" seien. Drohend fügte er aber hinzu, daß „Blutvergießen unvermeidlich" wäre, wenn Makarios den „Rat" Athens mißachten sollte.

Es ist nicht zufällig, daß die Athener Faschisten gerade jetzt diesen Angriff auf Zypern starten: Sie sehen durch die innenpolitische Entwicklung Zyperns ihre Felle davonschwimmen.

Bisher war es ihnen möglich gewesen, die zypriotische Bevölkerung durch nationalistische Hetze zu spalten. Die türkische Minderheit wurde von dem weitaus größeren griechischen Teil unterdrückt und bevormundet. Der griechische Bevölkerungsteil strebte die „Enosis" (den Anschluß Zyperns an Griechenland) an. Die Türnken dagegen wollten den Anschluß an die Türkei. So war Zypern noch vor ein paar Jahren der Zankapfel wischen Athen und Ankara und die Bevölkerung Zyperns lebte in bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Das hat sich in den letzten Jahren entscheidend geändert, und zwar seit der faschistischen Entwicklung in Griechenland und in der Türkei.

Die Anhänger der „Enosis" unter den Zyprioten sind seitdem immer weniger geworden. Selbst Springers „Welt" mußte zugeben: „Die Republik Zypern bietet den Griechen mit Selbstregierung und eigener Gesetzgebung ein Maß an politischer Freiheit, an individueller Freizügigkeit und an privatem Wohlstand samt sozialer Sicherheit, das in Griechenland unbekannt ist." (6. 3. 72) Und der Spiegel schreibt am 21. 2.: „Seit dem Putsch der Obristen fühlen sich die Zyprioten vielmehr als die letzten freien Griechen."

Bei den Türken läßt sich eine ähnliche Entwicklung erkennen. Bei dem überwiegenden Teil der Zyprioten verfängt die nationalistische Demagogie nicht mehr. Das zypriotische Volk wächst im gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten zusammen. Nach Bekanntwerden des griechischen Ultimatums an Makarios demonstrierten in den Tagen darauf Tausende von Zyprioten für Makarios und riefen „Nieder mit der Junta! Nieder mit den Faschisten!"

Daß große Teile der zypriotischen Bevölkerung bereits erkannt haben, wer ihr gemeinsamer Feind ist, wird nicht zuletzt an der letzten Wahl 1970 deutlich: 40 % der Zyprioten gaben ihre Stimme der Kommunistischen Partei Zyperns! (aus dem Spiegel Nr. 9 / 72) Das ist ein höherer Prozentsatz als in jedem anderen westlichen Land! Sogar die „Welt" mußte schreiben, daß „die Mehrheit der Arbeiterschaft" Makarios Bemühungen unterstützt, die Unabhängigkeit Zyperns zu



„Demokratie für Griechenland" fordern zypriotische Schüler bei einer Demonstration für Makarios.

Das zunehmend selbstbewußte Auftreten des zypriotischen Volkes aber paßte nicht in das Konzept der NATO. So verbündeten sich die ehemaligen Konkurrenten um Zypern, Griechenland und die Türkei im Auftrag der NATO, um Zypern gemeinsam unter die faschistische Knute zu zwingen. Der griechische Ministerpräsident Papadopoulos sprach bereits von einem „griechisch-türkischen Staatenbund". Und auf der letzten NATO-Tagung in Lissabon vereinbarten die Vertreter Griechenlands und der Türkei, gemeinsam „neue Mittel und Methoden" zur Lösung der Zypernfrage zu entwickeln.

Der 1. Schritt zu dieser „gemeinsamen Lösung" war das erpresserische Ultimatum der Athener Junta an Makarios. Und die türkische Regierung unterstützte die griechischen Faschisten: Sie forderte Makarios auf, die Waffen, die er zur Verteidigung der Insel gegen einen faschistischen Umsturz aus der Tschechoslowakei kommen ließ, an die britischen UN-Truppen abzugeben – mit anderen Worten – sich zu ergeben.

Das Ziel der Faschisten ist vermutlich die Aufteilung Zyperns in einen „griechischen" und einen „türkischen Teil" und die Unterordnung dieser Teile unter die faschistischen Regimes von Athen und Ankara. Sie haben für dieses schmutzige Geschäft die nötige Rückendeckung von seiten der USA: 3 Tage vor dem Ultimatum hatten die USA mit Athen eine Vereinbarung über den Ausbau eines griechischen Hafens ([illegible] zum NATO-Hafen der 6. US-Flotte getroffen.

Die Aufgabe, die die NATO für das kapitalistische Lager hat, formulierte 1947 der damalige US-Präsident Truman. In der sog. „Truman-Doktrin" heißt es:

„Im gegenwärtigen Augenblick der Weltgeschichte muß nahezu jede Nation zwischen zwei grundverschiedenen Ordnungen ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz wählen ... Ich bin der Überzeugung, daß wir freien Völker helfen müssen, wenn sie über ihre Geschicke selbst bestimmen wollen."

Mit den „zwei grundverschiedenen Ordnungen ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz" – ist nichts anderes gemeint, als einerseits die Herrschaft der Kapitalisten und andererseits der Sozialismus. Überall dort also, wo ein Volk vor der Wahl zwischen Kapitalismus und Sozialismus steht, wo – mit anderen Worten – das Volk die Abschaffung des Kapitalismus auf die Tagesordnung gesetzt hat, wollen die USA bei der „Selbstbestimmung seines Geschicks" helfen! Zynischer geht es nicht mehr! Wie die US-Imperialisten den Völkern bei ihrer Selbstbestimmung „geholfen" haben, ist bekannt:

- **Indochina:**

Seit Jahren führen die US-Imperialisten einen blutigen Krieg gegen die Bevölkerung Vietnams, Kambodschas, und von Laos, fliegen gezielt Bombenangriffe auf Dörfer und Städte, foltern und morden Menschen, von denen sie glauben, daß sie mit den Befreiungsfronten sympathisieren.

- **Griechenland:**

1967 putschte eine Gruppe von faschistischen Obristen, verhaftete massenweise Menschen, deren demokratische Gesinnung bekannt war und steckte sie in Konzentrationslager. Folterung und Mord ist

Forts. nächste Seite

200 000 demonstrieren gegen erneuten Arbeiter-Mord

Am 25. Februar wurde der Arbeiter Pierre Overney beim Verteilen von Flugblättern vor dem französischen Automobilwerk Renault im Pariser Vorort Boulogne-Billancourt vom Leiter des Renault-Werkschutzes erschossen. Overney gehörte der Gruppe „La Cause du Peuple" („Die Sache des Volkes") an. Mit den Flugblättern protestierte die Gruppe gegen die besonders scharfe Unterdrückung der ausländischen Arbeiter bei Renault. Erst einige Tage zuvor wurde ein algerischer Arbeiter wegen politischer Betätigung bei Renault rausgeschmissen. Overney selbst hatte bei Citroen und Renault gearbeitet und war auch aus politischen Gründen in beiden Betrieben entlassen worden.



Werkschutz-Leiter Tramoni zielt mit der Pistole (weißer Kreis) auf den Genossen Overney, der sich mit einer Transparentstange zu wehren versucht.

Die bürgerliche Presse behauptete, die Flugblatt-Verteiler seien in das Betriebsgelände „eingedrungen" und hätten die Männer des Werkschutzes „angegriffen". Daraufhin habe Tramoni, der Leiter des Werkschutzes, die „Nerven verloren" und Overney erschossen. Wie so oft bei derartigen „Zwischenfällen", konnten sich die bürgerlichen Zeitungen und deren polizeiliche Informanten offenbar nicht so schnell auf eine übereinstimmende Version einigen. So wurde andererseits behauptet, es habe sich aus Tramonis Pistole „versehentlich ein Schuß gelöst". Selbst darüber, ob Overney a u f dem Werksgelände oder v o r dem Betriebstor erschossen wurde, verbreitete die Presse unterschiedliche Meldungen. In einigen Zeitungen wurde sogar behauptet, die Gruppe, die die Flugblätter verteilte, hätte „das Wächterhaus zerschlagen"!

Die Renault-Direktion erklärte gar, daß ihr Werkschutz gar keine Waffen trage und auch nicht tragen dürfe. Tramoni hätte mit einer „privaten Pistole" geschossen und sich auch schon dem Untersuchungsrichter gestellt.

Faschistische Gefahr

Besonders seit dem „französischen Mai 1968", als zeitweise bis zu 10 Millionen Arbeiter im Generalstreik standen und nahe daran waren, die Machtfrage im Staat zu stellen, hat die französische Kapitalistenklasse ihren Polizei-, Spitzel- und Überwachungsapparat ausgebaut. Noch im Juni 1968 verbot die Regierung 11 revolutionäre Organisationen und verfolgte fortan Kommunisten und andere fortschrittliche Arbeiter mit zunehmender Brutalität. In Sochaux ermordete die paramilitärische Bereitschaftspolizei CR (Compagnies Rèpublicaines de Sècurité = Republikanische Sicherheitskompanie) streikende Arbeiter. In der Fabrik Creusot-Loire in Firminy schossen Polizisten 1971 auf Revolutionäre. Zur gleichen Zeit, als der Genosse Overney ermordet wurde, trieb die Polizei in Paris eine Demonstration auseinander und nahm 1 300 der Teilnehmer fest. Die Demonstration wurde zum Andenken an die 8 Arbeiter durchgeführt, die vor genau 10 Jahren (Februar 1962) an der Pariser Untergrundstation Charonne, bei einer Demonstration gegen die faschistische Geheimarmee OAS, von der Polizei erschossen wurden.

Die Brutalisierung des französischen Polizeiapparats und der privaten Polizei-Einrichtungen der Kapitalisten (wie der Werkschutz), haben bereits ein fast faschistisches Ausmaß angenommen. In den französischen Gefängnissen steht die Folterung auf der Tagesordnung und „mysteriöse Todesfälle", auch von „kleinen Fischen", häufen sich in den Gefängnissen.

Dem Schneider Edmond Colin beispielsweise, wurde durch Nazi-Methoden ein „Geständnis" abgepreßt; Colin berichtete über das „Verhör":

„Nachdem sie mich mit Faustschlägen und Fußtritten traktiert hatten, zogen sie mich völlig aus und verbanden mir die Augen. Meine Hände wurden auf dem Rücken mit Handschellen gebunden, meine Füße auch. Man warf mich auf den Boden und goß Wasser auf meinen Körper. Dann spürte ich zwei Stifte, wie einen großen Stecker, den ein Polizist an meine Geschlechtsteile hielt. Der Strom jagte dann durch meinen ganzen Körper. Ich habe ‚Gnade' geschrien, hundertmal habe ich mir den Tod gewünscht, der mir milde erschien im Vergleich zu dem, was ich erduldete."
(lt. SPIEGEL vom 12. 7. 1971)

Ein Richter hat vor kurzem zugegeben: „Es gibt Dinge, die wir gern von der Polizei machen lassen, ohne gezwungen zu sein, ihnen dafür den Befehl zu erteilen." Es sind Dinge, die die Polizei im Dienste des Kapitals ausführt – vom Terror gegen vermutete „Ganoven", bis zum gewaltsamen Einsatz gegen den Kampf der Arbeiter, bis zum politischen Mord in Einzelfällen, wie Overney und bis zum politischen Massenmord, wie 1962 in Charonne. Die französische Bourgeoisie fürchtet sich vor einem erneuten Aufschwung des revolutionären Massenkampfs der Arbeiter. Sie rüstet sich darum auf die brutale Zerschlagung der gesamten Arbeiterbewegung. Der Mai 1968 war ihr ein deutliches Signal, daß es einst mit ihrer Herrschaft zu Ende gehen wird, wenn die Arbeiter beginnen, aus Anlaß einer erneuten Willkürmaßnahme des Kapitals, massenhaft und mit allen Mitteln, ihre Ketten zu sprengen und das gesamte kapitalistische Ausbeutungssystem zu stürzen.



Demonstration am 28. Febr. in Paris. Auf dem Transparent: „Kapitalisten, Polizei = Mörder"

Solidarität mit Overney

Die bürgerliche Presse warnte denn auch vor einem neuen „Chaos" wie Mai 68. Dennoch – und obgleich die revisionistische KPF bei der Demagogie der bürgerlichen Presse von der „Provokation der Linksradikalen" in abscheulicher Weise mitmischte – kam es zu großen Demonstrationen. Am 28. Februar protestierten fast 40 000 Menschen in Paris gegen die Ermordung Overneys. Und am 4. März, dem Tag der Beisetzung des ermordeten Genossen, folgten ca. 200 000 Menschen dem Sarg vom Place de Clichy zum Friedhof Père Lachaise. Als die Spitze des Zuges nach 2 Stunden über die 7 km lange Route den Friedhof bereits erreicht hatte, konnten die Letzten immer noch nicht vom Place de Clichy losmarschieren. Die Demonstranten sangen „Die Internationale" und trugen rote Fahnen und Transparente mit Aufschriften wie: „Dreyfus – Mörder!" (Dreyfus ist der Generaldirektor von Renault), „Auflösung der kapitalistischen Milizen", „CRS – raus aus Billancourt!", „Stoppt den Faschismus!", „Wir rächen Pierre Overney", „Befreiung der eingekerkerten Renault-Arbeiter!", „Der Kampf geht weiter!". In Toulouse, Lyon, Marseille, Lille, Bordeaux, Strasbourg und anderen Städten demonstrierten ebenfalls Tausende.

KPF: Demagogie und Sozialreformismus

KPF und die von ihr abhängige Gewerkschaft CGT nahmen die Ermordung Overneys zum Anlaß, um üble Diffamierungen und Hetze gegen die „Maoisten" zu verbreiten. Genau wie die bürgerliche Presse sprachen sie von „Provokationen der Linksradikalen" und machten die Opfer des Polizeiterrors für die Ermordung Overneys verantwortlich. Die Demonstration Zehntausender gegen die Ermordung Overneys nütze angeblich nur der Regierung!

In einem Aufruf an die Arbeiter von Renault und an die Bevölkerung von Bologne behauptete die „Section Communiste Renault" (Betriebsgruppe Renault der KPF) am 26. Februar, daß während der letzten Wochen „betriebsfremde linksradikale Kommandos" versucht hätten, mit Gewalt in das Werksgelände einzudringen. Es heißt dann u. a. weiter:

„Im Laufe dieser Provokationen wurden Beschädigungen an Personenwagen unternommen, Drohungen und physischer Zwang gegen das Kantinen-Personal ausgeübt, kriminelle Angriffe gegen Funktionäre der CGT und kommunistische Genossen verübt ... Vor acht Monaten erstach ein Maoist ... einen kommunistischen Arbeiter. Mehrfach wurden andere kämpferische Arbeiter verletzt ... Ein anderes Mal, vor acht Tagen, wurde ein linksradikales Flugblatt vor dem Betrieb verteilt, in dem es hieß: ‚Das Blut wird fließen'. Dieser Aufruf zum Mord kann nicht getrennt gesehen werden von den blutigen Ereignissen am Freitag (gemeint ist die Ermordung Overneys; d. Red.) und – insbesondere – von der Tatsache, daß eine neue bewaffnete Polizei vom Staat und der Geschäftsleitung eingesetzt wurde."

Da ist nichts mehr von Solidarität mit dem Opfer des Polizeiterrors, mit dem vom Werkschutz erschossenen Pierre Overney zu finden – nicht einmal heuchlerisch, wie es die Revisionisten bei uns, die DKP, zuweilen bei der Ermordung von Petra Schelm taten. Stattdessen beschuldigt die KPF die „Maoisten" in ungeheuerlicher Weise der „kriminellen Angriffe" – ja, man höre: der Morddrohungen und des Mordes an kommunistischen Arbeitern!! Lügen und Diffamierungen über die Kommunisten wie man sie sonst nur in faschistischen Blättern findet! Nicht genug. Die „Maoisten" werden von der KPF auch noch dafür „verantwortlich" gemacht, daß der Staat seinen Polizeiapparat ausbaut – das ist nichts anderes als die altbekannte Demagogie der bürgerlichen Ideologen, die Polizei müsse schließlich schwerer bewaffnet werden, weil „linksradikale, terroristische, maoistische, kommunistische Elemente unseren Staat zerstören" wollen.

Vor dem 2. Weltkrieg waren es die sozialdemokratischen Parteien, die sich in fast allen kapitalistischen Staaten dieser Demagogie anschlossen und damit die Arbeiter von der kommunistischen Bewegung abhalten und sogar gegen sie aufhetzen wollten. Heute reicht diese arbeiterfeindliche Front bis zu den revisionistischen Parteien, die unter dem Deckmantel „KP" auftreten, längst aber nichts mehr mit Kommunismus zu tun haben. Heute, wo die vollständige Integration der Sozialdemokratie in den bürgerlichen Staat nicht mehr zu übersehen ist, wo die Sozialdemokratie darum zunehmend an Einfluß in der Arbeiterklasse verliert, findet das Kapital einen neuen Handlanger, der mit alten Methoden in neuem Gewand die Arbeiterklasse zu spalten und auf reformistische Irrwege zu führen versucht.

Die KPF hat sich längst – wie ihr stellvertretender Generalsekretär Georges Marchais auch offen zugibt – als „Partei der Ordnung" etabliert.

Stattdessen strebt die KPF eine „neue Regierung der wirtschaftlichen und politischen Demokratie" an, an der sie sich gern beteiligen möchte. Im nächsten Jahr sind in Frankreich Parlamentswahlen. Sie meint bei diesen Wahlen besser abzuschneiden, wenn sie sich „wie die anderen großen Parteien" – eben die bürgerlichen Parteien – um die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung" sorgt.

„Wir werden Overney rächen!" – riefen die französischen Genossen. Richtig! Die „Rache" für Overney und all die anderen unzähligen Opfer der kapitalistischen Ausbeutung und des kapitalistischen Terrors muß darin bestehen, daß die Genossen mit noch größerer Kraft am Aufbau einer Kommunistischen Partei arbeiten, die es versteht, den Klassenkampf der Arbeiter auf revolutionäre Art zu führen; eine Aufgabe, vor der die Bewegung heute in allen westeuropäischen kapitalistischen Ländern steht.

Forts. von Seite 11 – Nato greift nach Zypern

dort an der Tagesordnung. Dieser Putsch, bei dem die demokratische Verfassung außer Kraft gesetzt wurde, ist nach einem NATO-Plan mit dem Deckmantel „Prometheus" durchgeführt worden.

● **Türkei:**

1971 setzte in der Türkei das Militär mit dem Einverständnis der NATO und mit der Hilfe des CIA (Geheimdienst der USA) den gewählten Staatspräsidenten ab. An seine Stelle wurde der Faschist Nihat Erim gesetzt, der der Armee unbeschränkte Vollmachten einräumte und sofort Verfassungsänderungen verfügte, die die Grundrechte einschränkten. Die sozialistische Arbeiterpartei und die einzig noch freie Gewerkschaft wurden verboten.

(Das sind nur wenige Beispiele der Verbrechen der US-Imperialisten).

Als Antwort auf die Drohung Athens demonstrierten Tausende von Zyprioten gegen die Faschisten. Makarios nannte das Ultimatum „ein völlig unannehmbares und demütigendes Ultimatum" und sagte, er dächte nicht daran, zurückzutreten.

Die Gefahr ist groß, daß der Plan der Faschisten dennoch aufgeht. Ständig versuchen sie, die Einheit der zypriotischen Arbeiterklasse durch nationalistische Demagogie wieder zu zerstören. Denn gerade diese Einheit und die Entschlossenheit, den Faschisten keinen Meter zu überlassen, ist die einzige Garantie für die Freiheit Zyperns. Sonst wird Makarios samt seiner Regierung weggefegt und Zypern unter die faschistische Knute gezwungen.

Ein langer Weg zur Wahrheit !

Valpreda – Prozeß verschoben

Der Valpreda-Prozeß, der das blutige Bombenattentat vom 12. Dezember 1969 in einer Mailänder Bank zum Gegenstand hat (16 Tote, zahlreiche Verletzte), ist kaum zwei Wochen nach seinem Beginn auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Das Gericht in Rom erklärte sich am 6. März für unzuständig und verwies den Fall nach Mailand zurück. Eine Wiederaufnahme des Prozesses ist erst in einigen Monaten zu erwarten. Das Gericht in Rom hatte seinerseits die ursprünglich in Mailand liegenden Ermittlungen an sich gezogen, weil die Mailänder Justiz keine völlige Sicherheit für einen Ermittlungsverlauf im Sinne der italienischen Bourgeoisie bot. Daß sich das römische Gericht nunmehr selbst für unzuständig erklären mußte, ist ein schwerwiegendes politisches Eingeständnis.

Die italienische Justiz war zu diesem Rückzugsmanöver gezwungen, weil die italienische Bourgeoisie den Valpreda-Prozeß aus dem Zeitraum vor den Neuwahlen, die Anfang Mai dieses Jahres stattfinden sollen, herausbekommen will. Der Valpreda-Prozeß und der gesamte Zusammenhang der Attentate vom 12. Dezember 69, der ursprünglich auf die Kriminalisierung und Isolierung der revolutionären Linken abzielte, hat sich inzwischen als Bumerang für die Bourgeoisie erwiesen. Die italienische Linke hat von Anfang an erklärt, daß das Blutbad vom 12. Dezember das Werk der Faschisten ist, daß es sich um eine brutale und vor keinem Verbrechen zurückschreckende Provokation gegen die italienische Arbeiterbewegung handelte. Diese Stellungnahme der Linken konnte mehr und mehr durch stichhaltige Beweise erhärtet werden.

Valpreda vor Gericht

Es wurde bewiesen, daß sich in die für die Bomben vom 12. Dezember verantwortlich gemachte Gruppe „22. März" ein faschistischer Provokateur eingeschlichen hatte, auf dessen Lügen sich ein großer Teil der Anschuldigungen gegen die Gruppe stützt. Es wurde bewiesen, daß der griechische Geheimdienst während des ganzen Jahres 1969 zusammen mit faschistischen Organisationen und Gruppen eine „Strategie der Spannung" verfolgte, deren Ziel es war, durch Bombenanschläge u.ä. ein günstiges Klima für die Machtübernahme durch die äußerste Rechte in Italien zu schaffen.

Unter dem Druck nicht zu widerlegender Beweise und des Wirkens demokratischer Richter war die italienische Justiz schließlich zum Handeln gezwungen: Am 10. April 71 wurde der Verleger Giovanni Ventura zusammen mit zwei Komplizen verhaftet. Ihm wird die Vorbereitung von acht faschistischen Bombenanschlägen in Padua während der Zeit von April 68 bis April 69 vorgeworfen. Wer ist Ventura? Er war Mitglied der neofaschistischen Partei MSI. Er verließ diese 1968, um einen Buchladen zu eröffnen und sich bei linken Gruppen anzubiedern. So wandte er sich u.a. an anarchistische und super-„linke" Gruppen und bot ihnen den Druck und Vertrieb ihrer Materialien an. Gleichzeitig versuchte einer seiner Komplizen, der Anwalt Freda, sich in die KPI/ML einzuschleichen, wurde aber erkannt und erhielt einen kräftigen Denkzettel. Die Verhaftung Venturas und seiner Komplizen war ein erster Schritt, die w a h r e n Schuldigen für das Mailänder Attentat und den größten Teil der übrigen 150 Anschläge des Jahres 1969 zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen.

Ein noch wichtigerer Erfolg in dieser Richtung ist die Verhaftung von Pino Rauti am 4. März dieses Jahres. Rauti gehört zur Führung der MSI (die ihn auch als Kandidaten zu den Neuwahlen aufgestellt hat), ist Redakteur der profaschistischen Tageszeitung „Tempo" und Führer der faschistischen Terror-Organisation „Ordine Nuovo" (Neue Ordnung). Mit Rauti ist also ein ganz „großer Fisch" ins Netz gegangen. Rauti wird der Verantwortung für Bombenanschläge im April und August 69 angeklagt. Für die ersten dieser Anschläge, Ende April auf die Mailänder Messe und den Hauptbahnhof, standen seinerzeit mehrere Anarchisten vor Gericht. Der damalige Anarchisten-Prozeß wird als „Generalprobe" auf die Diffamierung der revolutionären Linken nach dem 12. Dezember angesehen. Die Mitverantwortung des griechischen Geheimdienstes ist durch die Veröffentlichung von Dokumenten in den englischen bürgerlichen Zeitungen „Observer" und „Guardian" nachgewiesen worden.

Weitere Ermittlungen könnten nunmehr die Zusammenarbeit der Faschisten mit der Polizei, mit dem italienischen Geheimdienst (der schon 1964 einen Militärputsch plante!) und mit der italienischen Bourgeoisie aufzeigen. Bis zu einem gewissen Grad ist die italienische Bourgeoisie gezwungen, den Ermittlungen ihren Lauf zu lassen. Vor allem die Democrazia Cristiana braucht unter den jetzt eingetretenen Umständen mit Blick auf die Neuwahlen eine deutliche Abgrenzung gegenüber der offenen terroristischen Rechten. Daher läßt die Bourgeoisie jetzt einige unhaltbar gewordene Faschisten wie Rauti „hochgehen", und die bürgerliche Presse trägt mit ausführlichen Berichten dem Interesse der demokratischen Öffentlichkeit am Fortgang der Ermittlungen scheinbar Rechnung.

Andererseits bleibt es das Interesse der Bourgeoisie, eine gründliche Aufklärung der Vorfälle am und um den 12. Dezember zu blockieren. Daher die Verschiebung des Valpreda-Prozesses um mehrere Monate, bis nach dem Termin der Wahlen.

Der Versuch der Bourgeoisie, das Blutbad vom 12. Dezember propagandistisch gegen die revolutionäre Linke zu wenden, kann bereits als gescheitert angesehen werden. Jetzt ist der Kampf der italienischen Linken – gemeinsam mit vielen anderen demokratischen Kräften – darauf gerichtet, die volle Wahrheit zu erzwingen und alle Vertuschungs-Versuche der Bourgeoisie zu durchkreuzen, sowie die baldige Freilassung der angeklagten Anarchisten der Gruppe „22. März", unter ihnen Valpreda, zu erreichen.

Wieder politischer Mord

Die Staatsgewalt hat erneut zum Mittel des Mordes gegriffen, um einen politischen Gegner zu liquidieren. Thomas Weisbecker wurde am 2. März von einem Zivilpolizisten in Augsburg erschossen. Im Juli letzten Jahres wurde die Genossin Petra Schelm in Hamburg erschossen, im Dezember Georg von Rauch in Westberlin. Am gleichen Tag, an dem der politische Mord an Thomas Weisbecker verübt wurde, schossen Zivilpolizisten Manfred Grashof in seiner Hamburger Wohnung schwer an. Dabei wurde auch der Hamburger Leiter der „Sonderfahndung Baader-Meinhof", Kriminalhauptkommissar Eckhard verletzt. Über den Zustand Grashofs ließ die Presse kaum etwas erfahren.

Die Polizei hatte Weisbecker und seine Begleiterin gestellt, weil sie angeblich „vertrauliche Hinweise" hatte, daß beide in Augsburg „Möglichkeiten für Banküberfälle auskundschaften". Derartige „Begründungen" sind für die Öffentlichkeit natürlich nicht nachprüfbar und werden von der Polizei immer geliefert. Am Tag nach der Ermordung Weisbeckers stand in der „Hamburger Morgenpost" folgender Verlauf zu lesen:

„Zwei Beamte versuchten, Weisbecker zu stellen. Sie forderten ihn auf: „Hände hoch! Ziehen sie keine Waffe!" – Doch Thomas Weisbecker griff zum Gürtel und riß seine großkalibrige FN-9-mm-Pistole heraus. Einer der Polizisten war schneller, schoß und traf Weisbecker in die Brust."

Diese Darstellung fand sich auch in allen anderen bürgerlichen Zeitungen und sollte bei der Bevölkerung den Eindruck erwecken, Thomas Weisbecker sei selbst schuld an seiner Ermordung. Bei Petra Schelm und Georg von Rauch wurde ebenso berichtet. Informant ist jeweils die Polizei selbst.

Mittlerweile sind aber Zeugenaussagen bekannt geworden, die die polizeiliche Darstellung auch im Fall Weisbecker klar als Lüge entlarven. Ein Augenzeuge berichtete über den Verlauf:



Thomas Weisbecker

„Plötzlich stiegen zwei Männer in Zivil aus einem weißen BMW. Mit gezogenen Pistolen rannten sie auf den jungen Mann zu. Der wich, offensichtlich verwirrt und vor Überraschung reaktionsunfähig ein paar Schritte zurück. Kein Laut war zu hören, bis plötzlich aus drei Meter Entfernung nur ein Mann mit ausgebreiteter Hand einen Schuß auf das Opfer abgab. Das brach sofort zusammen. Alles ging blitzschnell. Der Schütze zog dann eine Pistole aus der Jacke des am Boden Liegenden! ... Ich dachte an einen Überfall. Aber die Beamten haben mich sofort zur Verschwiegenheit verdonnert!"

Also kein „Hände hoch!" der Polizei und kein „Griff zur Waffe" durch Thomas Weisbecker – sondern gezielter, geplanter Mord! Warum sonst sollte die Polizei den Augenzeugen auch zur Verschwiegenheit verdonnert haben? Es wird sicher auch nie zu überprüfen sein, ob die Pistole, die der Polizist aus der Jacke des ermordeten Weisbecker gezogen hat, überhaupt vorher in seiner Jacke war. Als Georg von Rauch ermordet wurde, wurde hinterher bekannt, daß er gar keine Pistole bei sich trug. Das hat der „Begründung" der Polizei für ihren Mord sehr geschadet. Sie lernt natürlich, ihre „Aktionen" in Zukunft „perfekter" durchzuführen.

Der Zivilpolizist, der Thomas Weisbecker erschoß, gehört einer Sondertruppe an, die nach Vorbild des amerikanischen FBI zum Erschießen von Gegnern ausgebildet wird. Weisbecker hatte die „Schwarze Hilfe" organisiert, um politischen Gefangenen zu helfen. Er war ein Gegner jeder Ausbeutung und Unterdrückung und damit ein Gegner des Kapitals und seines Staatsapparats. Deswegen wurde er von der Polizei ermordet.

Wir werden in der nächsten Ausgabe des ARBEITERKAMPF ausführlicher über den wachsenden Polizeiterror in der Bundesrepublik schreiben.

Bericht der Betriebszelle BEIERSDORF

Verleumdungen und Drohanrufe

Bei Beiersdorf wurde die Kandidaten - Liste zur Betriebsräte - Wahl am 9. 2. 72 aufgestellt. Wie nicht anders zu erwarten, wird die Liste von Ganschow und Harder angeführt. (Beide langjährige Mitglieder des BR und der SPD - Betriebsgruppe und bekannt für eine Betriebspolitik, ausschließlich im Interesse der Geschäftsleitung.) Unerwartet schwierig allerdings war es diesmal für diese Leute, sich wieder an die Spitze zu setzen:

Statt in breiter Diskussion unter den Kollegen die besten Kandidaten für einen Betriebsrat zu ermitteln, versuchten alter Betriebsrat und Vertrauenskörper - Leitung, die beide von der SPD - Betriebsgruppe beherrscht werden, die Meinung der Arbeiter und Angestellten und ihrer Vertrauensleute zu umgehen. Zusammen mit Gewerkschaftssekretär Holst mauschelten sie eine fertige Kandidaten - Liste aus, die vom Vertrauenskörper dann nur noch abgehakt werden sollte. Bei diesem Versuch fielen sie allerdings auf die Nase. Die Vertrauensleute machten nicht mit. Sie verlangen auf ihrer Sitzung vom 9. 2. eine korrekte Wahl im Vertrauensleute - Körper (VLK). Um nicht gänzlich ihr Gesicht zu verlieren, wandten sich Ganschow und Harder selbst scheinheilig empört gegen die vorher von ihn en mit ausgemauschelte Kandidaten - Liste, auf der sie an erster Stelle prangten.

Die Wahl der Vertrauensleute fiel dann auch anders aus, als es SPD - Betriebsgruppe und Gewerkschaftsführung erwarteten. Statt Ganschow wurde der Kollege Rudi Nöther bei den Arbeitern auf Platz 1 der Vorschlagsliste gewählt, bei den Angestellten statt Harder die Kollegin Elisabeth Brenneke.

Noch auf derselben VLK - Sitzung schwatzten Gewerkschafts - Sekretär Holst und die Mitglieder der SPD - Betriebsgruppe Kollegen Nöther einen „freiwilligen" Rücktritt von Platz 1 der Kandidaten - Liste auf. Diese Leute behaupteten, daß „Ganschow ein besseres Zugpferd" sei. Außerdem hätte „auch die Geschäftsleitung mit Ganschow schon gute Erfahrungen gemacht". Dies sei „sehr wichtig, da andernfalls die Gefahr besteht, daß die Geschäftsleitung eine Gegenliste aufstellt, womit niemandem gedient wäre." Dies ist wirklich eine ganz fabelhafte Argumentation: Um die Geschäftsleitung nicht herauszufordern, erledigt man von vornherein alles in ihrem Sinne. Und solche Leute sollten die Beiersdorf - Kollegen in den nächsten 3 Jahren vertreten!

Um auch Kollegin E. Brenneke zum „freiwilligen" Rücktritt von Platz 1 der Angestellten - Liste zu bewegen, versuchte man sie nach allen Regeln der Kunst fertig zu machen: Die Mitglieder der SPD - Betriebsgruppe starteten im Betrieb eine widerlich verlogene Hetzkampagne gegen Kollegin E. Brenneke und verleumdeten sie als „Agentin der KPdSU", die hier nur „Spitzeldienste" erledige usw. (Die Leute von der SPD - Betriebsgruppe spielten dabei auf einen längeren privaten Aufenthalt von E. Brenneke in der Sowjetunion an.) Mit anonymen Drohanrufen, die auch nachts kamen, wurde die Kollegin endgültig mürbe gemacht: Sie erklärte Gewerkschafts - Sekretär Holst gegenüber ihren Rücktritt von der Kandidaten - Liste. Gleichzeitig gab sie ihm eine schriftliche Erklärung zu den Vorfällen um ihre Person, die auf der nächsten Sitzung der VLK - Leitung verlesen werden sollte. Gleich nach ihrem Rücktritt riefen die SPD - Strategen eine Sondersitzung der VLK - Leitung ein, auf der die nun „gereinigte" Kandidaten - Liste neu aufgestellt wurde. Holst brach sein Versprechen und verschwieg die schriftliche Erklärung von Kollegin E. Brenneke. Später deswegen zur Rede gestellt, schob er Kollegen Sinnen (VLK - Vorsitzender) die Schuld in die Schuhe: Sinnen hätte sich angeblich dagegen gewandt. So hoffen die SPD - Strategen, daß ihre schmutzigen Methoden nicht bekannt werden!

Neuer Wind auf J.V.

Auf der Jugendversammlung (JV) vom 28. 2. 72 auf der Norddeutschen Affinerie (NA) wehte ein neuer Wind. Es war die erste Versammlung der Lehrlinge und Jungarbeiter, die wirklich von ihnen selbst getragen wurde und nicht — wie sonst — Vortragsstunde des Betriebsrates (BR) und des verantwortlichen Gewerkschafts - Sekretärs war. Die Lehrlinge brachten ihre Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung klar zur Sprache und kritisierten auch Betriebsrat und Gewerkschaftsführung wegen der bisherigen Untätigkeit. Diese Leute hatten in engem Einvernehmen mit der Ausbildungsleitung vorher versucht, die JV überhaupt zu verhindern, oder — als dies fehlschlug — sie nach eigenen Vorstellungen durchzuziehen.



Die allgemeinen Maßnahmen schärferer Ausbeutung und Unterdrückung der Hamburger Hüttenarbeiter durch die NA - Kapitalisten treffen auch die Lehrlinge: Durch Rücknahme sog. „Sozialleistungen" müssen sie seit einiger Zeit tiefer in ihren ohnehin schmalen Geldbeutel greifen. Trotz ständiger Gefahr von Vergiftungsschäden, wurde die Gratis - Milchration für die Lehrlinge gestrichen. Für das bisher ebenfalls gratis erhaltene Mittagessen werden jetzt von den NA - Bossen 50 Pf. pro Mahlzeit erhoben.

Der Versuch der Lehrlinge, sich dagegen durch Protest - Unterschriftensammlung zu wehren, wurde von den NA - Bossen kurzerhand durch Kündigung des aktiven Jugendsprechers, Kollege Wolfgang W., beantwortet.

Durch diesen Rausschmiß hofften die NA - Bosse, die Lehrlinge gefügig zu machen. Sie irrten aber: Durch eine 2. Unterschriften - Sammlung protestierten die Lehrlinge gegen die erneute Willkür - Maßnahme der Geschäftsleitung. Gleichzeitig forderten sie eine Jugendversammlung. Diese wurde bisher immer wieder vom zuständigen Betriebsrat Gülck herausgezögert und verhindert. So fand schon seit über einem Jahr keine JV mehr statt. Nachdem immer wieder Trupps von Lehrlingen dem für Jugendfragen zuständigen BR Gülck auf die Pelle rückten und ihre Versammlung forderten, mußte dieser nachgeben, um weitere Protest - Aktionen der Lehrlinge zu verhindern.

Die Tagesordnung für die JV sollte von ihm und dem zuständigen Gewerkschafts - Sekretär Schmoldt bestimmt werden. Das sah dann so aus:
Zuerst ein längeres Referat von Schmoldt (Gewerkschafts - Sekretär für Jugendfragen der Hamburger IG - Chemie), dann ein Referat von Gülck und zum Schluß „Verschiedenes", wo u. a. sich auch einige Lehrlinge mit Forderungen und Wünschen zu Wort melden könnten, wenn überhaupt noch genügend Zeit nachbleibt. — Es sollte aber anders kommen:

Der neue Jugendsprecher, Kollege Uwe L. legte Gülck einen schriftlichen Arbeitsbericht des alten Jugendsprechers vor und verlangte, daß dieser Bericht *vor* allen Tagesordnungs - Punkten von ihm verlesen werden dürfte. Da in diesem Bericht auch der BR kritisiert wurde, wehrte sich Gülck gegen das geplante Verlesen. Uwe L. beharrte aber auf seinem Vorschlag. Schließlich einigte man sich, daß der Bericht verlesen werden durfte, allerdings *ohne* die Kritik am BR! Dies geschah dann auch auf der JV am 28. 2. Allerdings wurde gleichzeitig der vollständige Bericht vervielfältigt unter den Lehrlingen verteilt, so daß Gülck sich vor den Lehrlingen voll entlarvt und blamiert sah.

Hatte Gülck noch gehofft, das Verlesen des Berichts würde nur ca. 2 Minuten dauern, so packte ihn erhebliches Erschrecken, als Uwe L. auf der Versammlung die Lehrlinge aufforderte, sich mit Fragen und Beiträgen noch während des Vorlesens zu melden. Aus 2 Minuten Vorlesen wurde eine halbe Stunde heftige Diskussion und Kritik an der NA - Geschäftsleitung und der Untätigkeit des BR und der Gewerkschaftsführung. Die Lehrlinge ließen sich nicht einschüchtern und unterliefen geschickt die Planung von Gülck und Schmoldt.

U. a. wurden Forderungen aufgestellt nach mehr Stempeluhren (bisher gibt es nur eine für 130 Mann), mehr Toiletten, nach einem Getränke - Automaten, größeren Umkleideräumen, mehr Duschen, einer täglichen Milchration gratis, Rücknahme des von der Geschäftsleitung erhobenen Essenspreises etc.

Was Schmoldt und Gülck im Auftrag der Geschäftsleitung zu verhindern suchten, war gegen ihren Willen geschehen: breite Diskussion aller Lehrlinge um ihre gemeinsamen direkten Interessen auf der NA und Aufstellung gemeinsamer Forderungen.

Schmoldt und Gülck versuchten zwar noch einmal das Heft wieder in die Hand zu bekommen, erlitten aber wiederum Schiffbruch: Zuerst begann Schmoldt mit seinem Referat. Ständiges Melden und Zwischenfragen der Lehrlinge brachten ihn aber derat aus der Fassung, daß er schließlich dazu überging, die Lehrlinge nur noch zu beschimpfen: „Ich mache jede Woche eine JV mit, aber so was habe ich noch nicht erlebt. Das hier ist doch völlig chaotisch. Ihr müßt doch erst mal lernen, wie man so was macht. So geht das doch nicht." — So ist das also: Wenn die Lehrlinge (oder auch Arbeiter und Angestellte) einmal ihre Forderungen auf den Tisch legen und sich nicht beschwatzen lassen, dann ist das für solche Herrschaften nur „Chaos", dann kann man das so nicht machen, dann muß man erst einmal lernen, usw.

Gülck hatte mit seinem Referat dann noch weniger Glück. Nach 5 Minuten bereits brach er stotternd seine Rede ab. Auch der ihm zu Hilfe eilende Ausbildungschef Kroll („Da muß ich den Betriebsrat aber unterstützen ... ") konnte nichts mehr ändern. Daß diese Herren sich bisher ständig unterstützt hatten, wenn es gegen die Interessen der Lehrlinge ging, war ohnehin klar.

Aufgabe der Lehrlinge wird es in Zukunft sein, einen Jugend - Vertrauenskörper aufzubauen, der eng mit der Jugendvertretung einerseits und dem VLK andererseits zusammenarbeitet. Bis dahin wird noch einiges zu tun sein.

Chemietarife gekündigt !

Für die Bezirke Hessen, Nordrhein und Rheinland - Pfalz hat die Führung der IG - Chemie die Tarife fristgemäß zum 31. März 72 gekündigt. Davon sind rund 375 000 Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge betroffen. Die IG - Chemie - Führung hat Forderungen von knapp 8 % aufgestellt und zwar 30 Mark linear plus 5 %. Für Lehrlinge wurden 60 Mark pro Monat mehr gefordert. Zum 30. April werden die Tarife in weiteren Bezirken gekündigt: Berlin, Schleswig - Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Nordbaden - Nordwürttemberg, Südwürttemberg - Hohenzollern und Westfalen. Für die Bezirke Bayern, Südbaden und Saarland laufen die Verträge erst zum 31. Mai 72 aus. Damit sind — Dank der kapitalfreundlichen Taktik der IG - Chemie - Führung — die westdeutschen Chemiearbeiter in 3 „Blöcke" zerspalten, was ihre Kampfkraft von vornherein mindert.

Man darf erwarten, daß die IG - Chemie - Führung in allen Bezirken Forderungen von ca. 8 % erhebt. Die Höhe dieser Forderung ist eindeutig am Bedürfnis der Kapitalisten orientiert — oder, wie die Herren Gewerkschaftsführer sich auszudrücken pflegen: „berücksichtigt unsere Forderung die Situation der Gesamtwirtschaft". Erwin Grützner, Leiter der Tarifabteilung im Hauptvorstand der IG - Chemie, bezeichnet diese Forderung selbst als „maßvoll" und beruhigt gleichzeitig die Chemiearbeiter mit der Behauptung, daß „die Verhandlungsspanne weitaus geringer ist, als beispielsweise im Jahre 1971" (Gewerkschaftspost Nr. 3). Die Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie sind beim Aufstellen dieser Forderung nicht gefragt worden. Die Gewerkschaftsführung hat sich selbstherrlich über ihre Interessen hinweggesetzt. Als die Forderung in den Betrieben bekannt wurde, war die erste Reaktion der Kollegen resignierend: „Viel zu niedrig!", „Dafür lohnt es sich nicht einmal zu streiken" usw. So berechtigt diese Reaktion der Kollegen ist, so falsch ist sie auch. Denn damit würde die Taktik der Chemie - Bosse und Gewerkschaftsführer aufgehen: Die Bosse scheffeln weiter ihre fetten Profite und klagen dabei über schlechte Ertragslage und die Arbeiter bleiben schön brav und ruhig. — WENN WIR NICHT KÄMPFEN, SEHEN WIR NICHT EINMAL DIESE 8 %. Denn: die Kapitalisten und ihre derzeitige Regierung haben für 1972 Lohnerhöhungen von nur 4 % vorgesehen!

Nicht Sinnen, sondern Kiausch

Leider ist uns in ARBEITERKAMPF Nr. 15 ein Fehler unterlaufen. Wir schrieben unter der Überschrift „2. Pferd im Stall" — Bericht der Betriebszelle Beiersdorf — über die Machenschaften der SPD - Betriebsgruppe. Dabei bezeichneten wir den VLK - Vorsitzenden Kollege Sinnen als Mitglied dieser Betriebsgruppe und mitverantwortlich für deren arbeiterfeindliche Politik. Das ist falsch. Es lag eine Namensverwechslung vor. Gemeint war Manfred Kiausch - stellvertretender VLK - Vorsitzender und Mitglied der SPD - Betriebsgruppe und natürlich Kandidat auf der BR - Wahlliste.

IG Druck und Papier:

Mieser Tarifabschluss und Antikommunismus

Für ca. 187 000 Beschäftigte der westdeutschen Druckindustrie endete die diesjährige Lohnrunde – wie erwartet – mit einem miesen Abschluß: 7,5 % Lohnerhöhung bei einer Tarifvertrags-Laufzeit von 14 Monaten. Auf eine Laufzeit von 12 Monaten umgerechnet bedeutet dies gerade 6,4 % Lohnerhöhung. Für die beiden untersten Lohngruppen (Hilfsarbeiter) gab es noch 2 % bzw. 1 % zusätzlich. Die Kapitalisten sind mit diesem Tarifergebnis zufrieden.

Mit spontanen Warnstreiks und Demonstrationen in Köln (Druckhaus Deutz, Kölner Stadtanzeiger, und Müller), Dortmund (Ruhrfus), Kassel, München, Hagen, Mainz, Speyer usw. hatten die Arbeiter noch versucht, das Ergebnis in ihrem Sinn zu beeinflussen. Vergebens. Resigniert über Haltung und Verrat ihrer Gewerkschaftsführer gaben nach Information der Gewerkschaftsführer ca. 75 % der Kollegen ihre Zustimmung zum Tarifergebnis, nur 25 % lehnten ab. In solchen Städten allerdings, in denen kommunistische Gruppen schon seit langem politische Propaganda-Arbeit leisteten und auch in dieser Tarifrunde wieder bemüht waren, ihre Kollegen zu unterstützen, sah das Abstimmungsergebnis wesentlich besser aus im Sinne einer Ablehnung des ungenügenden Abschlusses. In den Münchner Großbetrieben gab es mehrheitliche Ablehnung, z. B. 70 % Ablehnung bei Merkur, 64 % Ablehnung bei „Süddeutsche Zeitung", 60 % Ablehnung bei Timek usw. Auch in Hamburg gab es mehrheitliche Ablehnung bei Broschek, Springer-Ahrensburg, Auer-Druck, Multicolor usw.

Die Gewerkschaftsführung leitete die Urabstimmung ein mit Verteilen einer Sonderausgabe von „DRUCK UND PAPIER" (Zentralorgan der IG Druck). Hierin beschwor sie die Gewerkschaftsmitglieder, das Tarifergebnis anzunehmen, weil „für die Beschäftigten der Druckindustrie auf keine andere Weise noch günstigere Bedingungen geschaffen werden könnten." Gegen alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung behauptet die IG-Druck-Führung: „selbst ein Arbeitskampf wird in der heutigen Situation kaum zu einem deutlich besseren Ergebnis führen können." Man stelle sich vor: ein konsequent durchgeführter Streik in der Druckindustrie. Keine der bürgerlichen Zeitungen könnte mehr erscheinen – ohne Zögern wären die Kapitalisten in solcher Lage bereit, jede nur erdenkliche Lohnerhöhung zu bezahlen. Das Problem ist nur, daß auch ein Streik mit Gewerkschaftsführern wie Mahlein, Körner und Dörhöfer nicht konsequent durchzuführen ist. Diese Leute würden in jeder Situation jede erdenkliche Möglichkeit ausschöpfen, die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu hintertreiben, damit je die Kapitalisten gut dabei wegkommen. In diesem Sinne, aber nur in diesem Sinne, ist die Einschätzung der Tarifkommission richtig, daß „selbst ein Arbeitskampf in der heutigen Situation kaum zu einem deutlich besseren Ergebnis führen" würde. Für die Arbeiter bedeutet dies, ihren Kampf gegen die Kapitalistenklasse eng zu verbinden mit dem Kampf gegen alle Handlanger der Kapitalisten, besonders die rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer. Ein gutes Beispiel dafür bieten Münchner Kollegen, die in einer öffentlichen Resolution den Ausschluß des Arbeiterverräters Dörhöfer aus der Tarifkommission forderten, nachdem dieser eine Reihe Münchner Vertrauensleute angepöbelt hatte: „6 % sind für euch genug und ausschließen sollte man euch!"

Antikommunistische Begleitmusik

Die Führung der IG Druck & Papier hat mit Beginn der Tarifrunde einen intensiven politischen und ideologischen Kampf gegen die Arbeiter, besonders die fortschrittlichen und aktiven, in Form einer unglaublich widerlichen Antikommunismus-Hetze geführt. Ziel dabei ist es, jeden Kollegen, der sich auch nur ein wenig seine eigene Meinung gegenüber den Vorständen der IG-Druck erhalten hat und diese Meinung öffentlich äußert, als Kommunisten zu verketzern, mit Gewerkschafts-Ausschluß zu drohen, oder gar – wie z. B. in Hamburg – den Geschäftsleitungen Wink zu geben, welcher Arbeiter „kommunistisch verseucht" ist, damit er entlassen werden kann. Es war durchaus bisher üblich, daß von Zeit zu Zeit bestimmte Gewerkschafts-Sekretäre Flugblätter gegen kommunistische Arbeiter vor Betrieben verteilen ließen und daß darin mit Lügen und Verdrehungen nicht gespart wurde. Wir kennen so etwas zur Genüge, z. B. in Hamburg im Bereich der IG-Chemie. Die Angriffe, die jetzt von den Führern der IG-Druck auf Flugblättern der IG-Druck in München (siehe ARBEITERKAMPF Nr. 15, S.14) und in ihrem Zentralorgan gegen die Kommunisten geführt werden, stellen bisher Dagewesenes allerdings in den Schatten. Diese Angriffe sind eine neue Qualität in der Antikommunismus-Hetze. Es darf damit gerechnet werden, daß die Führung der IG-Druck eine Vorreiterrolle spielt und daß die Führungen anderer Gewerkschaften demnächst nachziehen werden, insbesondere, wenn die Kommunisten an Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften gewinnen.

Mahlein auf Kriegspfad

Der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, hat einen 2-seitigen antikommunistischen Hetzartikel geschrieben, der in der Februar-Ausgabe der „DRUCK UND PAPIER" erschien. (Wir werden diesen Artikel in der nächsten Ausgabe unserer Zeitschrift „UNSER WEG" vollständig abdrucken und umfangreicher kommentieren). Dieser Artikel trägt den Titel „Die sogenannten ‚neuen Linken'" und wendet sich pauschal gegen alle linken Organisationen, außer gegen die DKP, die Mahlein ausdrücklich ausgenommen wissen will. Dieser Artikel gegen „Basisgruppen, rote Zellen, Marxisten-Leninisten, Spartacisten (auch mit k), Trotzkisten, Maoisten, Proletarische Linke, Parteiinitiative usw.", ist ausdrücklich bezeichnet als „B e g i n n" einer notwendigen Auseinandersetzung". Das deutet darauf hin, daß weitere



Kommunisten-Jäger Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier

Hetzartikel dieser Art, auch in anderen Gewerkschafts-Zeitungen, erwartet werden dürfen.

Mahlein sieht 3 typische und gemeinsame Symptome, die diese Organisationen alle kennzeichnen sollen:

1) Ziel und Hauptaufgabe dieser Gruppen sei es, so behauptet Mahlein, „eine neue revolutionäre, fest in den proletarischen Massen verankerte kommunistische Partei aufzubauen". Deshalb hätten diese Gruppen „ihre Liebe zur Gewerkschaftsbewegung" entdeckt.

2) Sie bedienen sich „anarchistischer Methoden", die Mahlein aber offensichtlich nicht konkreter beweisen kann. Stattdessen versucht er anhand von 2 Zitaten den Begriff ‚Anarchismus' zu klären und kommt zu dem abenteuerlichen Schluß, daß die Existenz von Studenten in einer kommunistischen Organisation, diese als anarchistisch charakterisiere. Nach Mahleins Meinung muß es sich dabei nämlich um „aus dem Gleise geworfene Intellektuelle" (Lenin) handeln, was Kennzeichen für den Anarchismus wäre.

3) Mahlein stellt „eine starke linksfaschistische Tendenz" fest. Seine „Beweisführung" dafür ist besonders originell: So greift Mahlein die Tatsache auf, daß Faschismus u. a. die Zerschlagung der Arbeiterbewegung bedeutet. Dann verwechselt er die Arbeiterbewegung mit den DGB-Gewerkschaften und kommt zum Schluß, daß Kritik an bestimmten Gewerkschafts f ü h r e r n faschistisch ist, weil dem der Versuch einer Zerschlagung der Arbeiterbewegung zugrunde liegen soll.

Abschließend bezeichnet Mahlein die Kommunisten als „anarchistischlinksfaschistische Sektierer".

Die Kapitalisten sind begeistert

Die Kapitalisten jubeln. In ihrem „HANDELSBLATT" vom 24. 2. 72 schreiben sie:

„So scharf, so offen und rücksichtslos wie der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, ... ist noch kein Gewerkschaftsvorsitzender mit der ‚neuen Linken' ins Gericht gegangen ..." Gleichzeitig fordern sie die anderen Gewerkschaftsführer auf, Mahlein nachzueifern: „Sein (Mahleins) Beitrag kann als Warnung an die deutschen Gewerkschaften allgemein verstanden werden, den ‚demagogischen Rattenfängern' (gemeint sind die Kommunisten) und ihren ‚schizophrenen Phrasen' entgegenzutreten." Vollends kurios wird es, als sich der Kapitalisten-Schreiberling in diesem Artikel f ü r eine starke Arbeiterbewegung ins Zeug legt und die „Gefahr" beklagt, daß die Kommunisten „die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern und zu zerstören" versuchen. Der Artikel weist dann auf eine kommunistische „Unterwanderung der Gewerkschaften" hin und droht „dieses gestörte Bild" schnell zu „korrigieren". Dies ist eine deutliche Aufforderung an die Gewerkschaftsführer, schnellstens kommunistische und andere linke Arbeiter und Angestellte aus der Gewerkschaft zu „entfernen". Es steht zu befürchten, daß gewisse Gewerkschaftsführer diesen Auftrag der Kapitalisten gern erfüllen werden. Die Erfahrungen der Arbeiterbewegung zeigen, daß die rechten sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auch vor Massenausschlüssen aus der Gewerkschaft nicht zurückschrecken werden und damit genau das tun, was sie in demagogischer und verlogener Weise den Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräften der Arbeiterbewegung vorwerfen: Spaltung der Gewerkschaften, Schwächung ihrer Kampfkraft und zwar im Auftrag und Dienst der Kapitalistenklasse.

1. Mai muß Kampftag bleiben!



1. Mai 1971 in Hamburg

Die DGB-Führung will den diesjährigen 1. Mai unter der Parole „Für eine bessere Welt" veranstalten. Genau wie im letzten Jahr, soll der 1. Mai in den meisten Orten hinter verschlossenen Türen gefeiert werden – im Kreise ausgewählter Gäste. Nur in einigen Städten, z. B. Frankfurt, soll eine öffentliche Kundgebung stattfinden. Die zentrale Mai-Veranstaltung, auf der auch Bundeskanzler Brandt vor den versammelten Arbeitern sprechen soll, wird in Dortmund durchgeführt. In Dortmund demonstrierten im letzten Jahr ca. 15 000 Arbeiter in großen Marschsäulen.

Seit über 80 Jahren steht der 1. Mai im Zeichen des Kampfes der Arbeiterklasse der ganzen Welt. 1890 war in Deutschland der 8-Stundentag die zentrale Forderung. 1916 demonstrierten unsere Väter und Großväter gegen den imperialistischen Krieg. 1929 ging es um die Erhaltung der demokratischen Rechte der Arbeiter gegen den drohenden Faschismus.

In den Parolen der DGB-Führung wie „Der Mensch im Mittelpunkt" (1971) oder „Für eine bessere Welt" ist nichts mehr von den dringendsten Forderungen der Arbeiterklasse, von ihren notwendigen Kampfzielen, enthalten. Die „bessere Welt" der DGB-Führung ist immer noch die Welt des Kapitals, eine Welt der Ausbeutung und Unterdrückung.

Trotz SPD-Regierung und DGB-Parole vom „Mensch im Mittelpunkt" hat sich die wirtschaftliche Lebenslage der Arbeiter im letzten Jahr durch Lohnstopp, Kurzarbeit, Entlassungen, Rationalisierungen, Miet- und Steuererhöhungen, steigende Preise usw., verschlechtert. Mehr noch haben die politischen Angriffe des Kapitals auf die demokratischen Lebensrechte der werktätigen Bevölkerung zugenommen. Das neue BetrVG, das im letzten Jahr verabschiedet wurde, bringt eine weitere Einschränkung der politischen Rechte am Arbeitsplatz. DGB-Vorsitzender Vetter wagte es dennoch, nach dessen Verabschiedung die Arbeiter aufzufordern, der Regierung für diese „soziale Reform" dankbar zu sein! Die Bespitzelung im Betrieb und die Rausschmisse fortschrittlicher Arbeiter sind zur täglichen Praxis der Geschäftsleitungen geworden. Mit der Jagd auf die sogenannte „Baader-Meinhof-Gruppe" hat die Staatsgewalt, unterstützt von Presse, Funk und Fernsehen, zur Kommunistenhatz in der ganzen Gesellschaft aufgerufen.

Im öffentlichen Dienst ist ein neues Berufsverbot für Mitglieder „linksradikaler" Organisationen erlassen worden, mit dem letztlich jeder entlassen werden kann, der der Kapitalherrschaft auch nur kritisch gegenübersteht.

Polizei- und Staatsapparat werden immer deutlicher auf ihren brutalen Einsatz gegen die Arbeiterbewegung getrimmt; Notstandsübungen großen Stils gegen die „Baader-Meinhof-Gruppe" dienen diesem Zweck, wobei heute schon die Bevölkerung an politische Morde gewöhnt werden soll (Petra Schelm, Georg v. Rauch, Thomas Weisbecker). Die Ausländergesetze sollen weiter verschärft werden – ein Teil der Arbeiter wird gegen einen anderen Teil aufgehetzt. Die zunehmende Verbitterung der Arbeiter darüber, daß die groß angekündigten „sozialen Reformen" der SPD-Regierung sich als ein Betrugsmanöver erwiesen haben, nutzt die CDU / CSU demagogisch aus, um sich selbst mit einem noch schärferen Kurs gegenüber den „linken Staatsfeinden" und der gesamten Arbeiterbewegung an die Regierung zu bringen. Am Rande dieser Entwicklung treten wieder faschistische Gruppen und Stoßtrupps in Erscheinung, die eine üble Mordhetze betreiben und Provokationen und Attentate gegen Organisationen und Einrichtungen der Arbeiterbewegung und gegen einzelne Genossen und fortschrittliche Arbeiter verüben.

Außenpolitisch vergrößert das westdeutsche Kapital seinen Einfluß in den Ländern der ‚Dritten Welt' und in den anderen kapitalistischen Staaten (EWG) und verstärkt mittels der „neuen Ostpolitik" seine Anstrengungen zur Aufweichung des „Sozialistischen Lagers". Die offene Unterstützung und Zusammenarbeit mit faschistischen Diktaturen wird immer enger (Tätigkeit des griechischen und iranischen Geheimdienstes in der BRD, Militärhilfe für Portugal in seinem Krieg gegen die Völker Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaus, Brandt-Reise nach Persien und Strauß-Reise nach Griechenland, usw.).

Die westdeutsche Arbeiterklasse hat allen Grund, am diesjährigen 1. Mai eindeutig ihre Kampfziele gegen diese Entwicklung und ihre Verbundenheit mit allen unterdrückten und ausgebeuteten Klassenbrüdern zu demonstrieren!

Initiative des KB in Hamburg

In Hamburg hat der KB am 16. Februar einen Brief an verschiedene Betriebsräte und Vertrauenskörper, an Gewerkschaftsgremien und an sozialistische und demokratische Organisationen gerichtet, in dem zur gemeinsamen Organisierung einer 1. Mai-Demonstration aufgerufen wird. Es muß aber damit gerechnet werden, daß der DGB-Ortsvorstand daran festhält, den Arbeiterkampftag wieder nur im Saal zu „feiern". Darum heißt es im Brief des KB / Gruppe Hamburg weiter:

„Sollte es keine 1. Mai-Demonstration des Hamburger DGB geben, so schlagen wir vor, daß die fortschrittlichen Kollegen gemeinsam die Vorbereitungen für eine Hamburger Mai-Demonstration in die Hand nehmen."

Diese Linie muß unserer Meinung nach in allen Orten verfolgt werden: Wo der DGB zu einer Demonstration und Kundgebung aufruft, müssen sich alle fortschrittlichen Arbeiter und alle sozialistischen Organisationen daran beteiligen. Den sozialreformerischen Parolen und Losungen der Gewerkschaftsführung müssen in Marschblöcken die unbedingt notwendigen Forderungen der Arbeiterbewegung gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung entgegengehalten werden. Wo die Gewerkschaftsführungen aber nicht bereit sind, Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai durchzuführen, da ist es die Aufgabe und die Pflicht der sozialistischen und anderen fortschrittlichen Organisationen, gemeinsam mit allen fortschrittlichen Arbeitern, Demonstrationen zu organisieren. Die Bildung eines gemeinsamen Mai-Komitees kann dies vorbereiten.

Die DKP schrieb im letzten Jahr in ihrer UZ („Unsere Zeit") vom 13. März 71 unter der Überschrift „Der 1. Mai bleibt ein Kampftag":

„Es kann ... unter keinen Umständen zugelassen werden, daß aus Rücksicht gegenüber der sozialdemokratischen Regierung auf die konsequente Interessenvertretung der Arbeiter verzichtet wird. Im Gegenteil. Die Mai-Veranstaltungen müssen deutlich machen, daß die Gewerkschaften keine Ordnungsfaktoren der staatlichen Politik sind ... In einer Zeit, in der Regierung und Unternehmer die Arbeiterschaft derart massiv bedrängen, müssen sich die Arbeiter demonstrativ zur Wehr setzen. ‚Feierstunden' in schönen Sälen können diesem Anspruch nicht gerecht werden. Überall sollten deshalb Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden ... Der 1. Mai ist als Kampftag der Arbeiterklasse aktuell wie nie zuvor."

Dies ist absolut richtig. Leider nur unterschieden sich Wort und Tat der DKP-Führung im letzten Jahr ganz erheblich. Die DKP war nur dort bereit, sich an Demonstrationen und Kundgebungen zu beteiligen, wo die Gewerkschaftsführung dazu aufrief. Auch in diesem Jahr erklärt die DKP vor dem 1. Mai in ihrer UZ vom 18. Februar:

„So muß der 1. Mai zu einer machtvollen Kundgebung und Demonstration der arbeitenden Menschen in unserem Lande gestaltet und jeder Versuch zurückgedrängt werden, diesem Tag den kämpferischen Charakter und seinen Klasseninhalt zu nehmen. Was unsere Partei anbelangt, werden wir alles in unseren Kräften Stehende tun, damit der 1. Mai 1972 für die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften ein neuer Schritt vorwärts wird."

Man kann nur hoffen, daß die DKP-Führung in diesem Jahr nicht wieder einen Rückzieher macht. Die Genossen in der DKP sollten erkennen, daß Nachtrabpolitik gegenüber der Gewerkschaftsführung und „Rücksicht" auf die SPD-Regierung der Arbeiterklasse bislang immer zum Schaden geworden ist.



1. Mai 1971 in Hamburg

ÖTV-Hamburg: Demonstrationsantrag abgeschmettert

Der Bezirkskonferenz der ÖTV Hamburg lag auf ihrer Sitzung am 26. Februar ein Antrag der Bezirksjugendkonferenz der Hamburger ÖTV vor, in dem eine Kundgebung und Demonstration am 1. Mai gefordert wurden. In der Begründung des Antrags heißt es u. a.: „Wir würden es auf das schärfste verurteilen, wenn sich die DGB-Führung dazu entschließen würde, den 1. Mai hinter verschlossenen Türen zu begehen."

Die Antragskommission der Bezirkskonferenz empfahl sogleich eine Ablehnung. Von den 91 Delegierten stimmten denn auch 46 gegen den Antrag.